

Ausgabe 105 / Dezember 2004

HEMPELS

Das Straßenmagazin

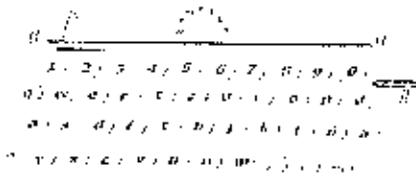
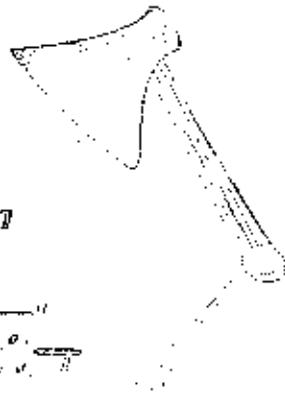
1,30 EUR

davon gehen
65 Cent

an die Verkäuferin
bzw. den Verkäufer



*Aus der
Redaktion*



Mittwoch, 1. Dezember

Viele unserer Verkäufer und VerkäuferInnen haben es natürlich sofort bemerkt bei der Erstausgabe der Dezember-Ausgabe: HEMPELS wird auf einem neuen und qualitativ hochwertigerem Papier gedruckt. Das trägt den schönen Namen „Charakter Silk“ und ermöglicht eine deutlich verbesserte Wiedergabe von Texten und vor allem auch Fotos. Unsere Druckerei Rollenoffset-Druck Kiel bezieht dieses zu 100 Prozent aus Altpapier hergestellte „gestrichene“ Zeitungspapier aus Temming bei Glückstadt an der Eibe – ein regionales Produkt für unsere Straßenzeltung.

Freitag, 3. Dezember

Die Produktion der Januar-Ausgabe ist bereits voll angelaufen. Auf der morgendlichen Konferenz wird besprochen, welche Texte noch recherchiert, geschrieben und redigiert werden müssen. Und aus den vorliegenden Fotos muss die jeweils zum Bericht passende Optik ausgewählt werden. Schwerpunkt des neuen Heftes wird die schleswig-holsteinische Landtagswahl am 20. Februar sein. Die verspricht diesmal außergewöhnlich spannend zu werden. Rot/Grün sowie CDU/FDP liegen Kopf an Kopf, dem SSW könnte die entscheidende Rolle zufallen. Mit sämtlichen Spitzenkandidaten beziehungsweise -kandidatinnen werden wir Interviews führen. In diesem Heft zu lesen ab Seite 8.

Donnerstag, 9. Dezember

Manchmal, auch heute, geht es in unseren Räumen fast zu wie im Taubenschlag – ein stetes Kommen und Gehen. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Empfang heißt es dann, bloß nicht den Überblick und die Ruhe zu verlieren. Wie schön, dass es in solchen Momenten Menschen wie Rüdiger Gertischke gibt. Vor kurzem ist er als Verkäufer neu zu uns gestoßen und überrascht uns seither in gewissen Abständen mit kleinen Aufmerksamkeiten. Jedem hat er heute ein Rubbellos mitgebracht. Da kann es noch so hektisch sein, jetzt wird erstmal fleißig gerubbelt. Auch wenn diesmal nur ein Freilos als Gewinn dabei war – Dankeschön!

Montag, 13. Dezember

Hartz IV kommt, nur noch wenige Tage, bis die Sozialreform startet. Geschäftsführerin Catharina Paulsen versucht wieder einmal, die Auswirkungen auf so genannte MAE-Beschäftigte zu klären – Bezieher von Sozialhilfe, die eine Mehr-Aufwandsentschädigung erhalten. Auch im HEMPELS-Projekt haben wir einige Mitarbeiter, die auf dieser Basis beschäftigt sind. Was wird aus Ihnen ab Januar? Doch wie es scheint, wissen im Augenblick selbst die SachbearbeiterInnen auf den Sozialämtern noch nicht wirklich, was dann sein wird – Unsicherheiten allerorten, nicht nur bei HEMPELS. Wir bleiben am Ball.

Mittwoch, 15. Dezember

Anruf im Kieler „Institut für Transfusionsmedizin.“ Wir würden gerne einen Artikel schreiben über Menschen, die außergewöhnlich oft Blut spenden. Das Institut, so hoffen wir, kann uns behilflich sein bei der Vermittlung eines Kontakts. Die verantwortliche Ärztin tut sich zunächst schwer am Telefon, ihre ablehnende Haltung zu beschreiben. Dann findet sie aber doch klare Worte. HEMPELS-Verkäufer leben ja in nicht unbedingt stabilen sozialen Verhältnissen. Wir möchten deshalb doch bitte Verständnis aufbringen für den Wunsch, dass in unserer Zeitung keine Verbindung hergestellt werde zur Blutspende. Nicht jedes Publikum sei nämlich hilfreich bei der Bewältigung Ihrer Aufgabe. Selten, dass uns Ablehnung mit so unmissverständlichen Worten beschreiben wird. Noch anderthalb Wochen, dann ist erstmal Weltnachten.

Dienstag, 21. Dezember

Uli geht. Zwei Monate lang hat Ulrike Sacré mitgeholfen, die tägliche Büroarbeit zu bewältigen. An der Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein lässt sich die 38-Jährige zur Kauffrau für Bürokommunikation umschulen. Ihr Praktikum wollte sie unbedingt bei HEMPELS absolvieren – eine gute Entscheidung. Tschüss, Uli, die gesamte HEMPELS-Betagschaft drückt die Daumen.

Reportage

- Seite 4 Obdachlose in Russland:
Erst mit Papieren ist man
Mensch



Schleswig-Holstein Sozial

- Seite 6 Meldungen
Seite 7 Kein ALG II für reisende Berber?

Landtagswahl SH

- Seite 8 „Die guten Zeiten kehren nicht zurück“:
Interview mit Heide Simonis (SPD)
Seite 10 „Sozial ist, was Arbeitsplätze schafft“:
Peter Harry Carstensen (CDU) im Interview
Seite 12 „Für Existenzsicherung einsetzen“:
Interview mit Anne Lütkes (Grüne)
Seite 14 „Gnade Gott, wenn das nicht funktioniert“:
Interview mit Wolfgang Kubicki (FDP)
Seite 16 „Die soziale Unsicherheit wächst“:
Interview mit Anke Spoorendonk (SSW)
Seite 18 „Partei ergreifen für Benachteiligte“:
Die PDS und ihr Politiker Harald Koch

HEMPELS vor Ort

- Seite 19 Alles alleine geschafft:
Verkäufer Alexander Lipp aus
Flensburg



Serie: 54. Breitengrad

- Seite 20 Drage – Keine Kirche, kein Dorfplatz
und 260 Menschen

Kultur

- Seite 23 Vision von einer
besseren Welt:
Soulsängerin
Maria Glen im
Interview



Nachgefragt

- Seite 24 Schülerin Jenny Thomsen hat den
Krebs besiegt

Rubriken

- Seite 2 Aus der Redaktion
Seite 22 Veranstaltungen; Kinotipp;
Gesches Soundcheck
Seite 26 Chatroom
Seite 28 Sperlings Sprechstunde; Service
Seite 30 Buchtipp; Rezept; Rätsel
Seite 31 Fragebogen; Karikatur

Titel: Nils Fuhrmann-Wiese

Impressum

Herausgeber: HEMPELS e. V., Schaßstr. 4,
24103 Kiel
Redaktion Kiel: Schaßstr. 4, 24103 Kiel,
Tel.: 0431-6 61 31 17; Fax: 6 61 31 16
Redaktion Flensburg: Tagestreff
Johanniskirchhof 19, Tel.: 0461-4 80 83 25
Redaktion Husum: Postfach 1167,
25801 Husum, Tel./Fax: 04841-66 21 09
Redaktion Rendsburg:
E-mail: Frähdax@ireenet.de

Geschäftsführerin: Catharina Paulsen
Redaktion: Peter Brandhorst (V.i.S.d.P.)
Mitarbeit: Esther Gießlinger, Stefan Huhn,
Hajo Klei, Catharina Paulsen, Thomas Repp,
Ulrike Sacré, Thomas Stobbe, Djark Wolfsteller
Grafik: Nadine Grönewald, Torsten Both
Anzeigen: Moni Nickels
Verkaufsbetreuer: Thomas Repp
Vorstand: Thomas Repp,
Jürgen Knutzen, Jo Tein
HEMPELS-Café:
Schaßstraße 4, 24103 Kiel
Tel.: 0431-6 61 41 76

HEMPELS im Internet:
www.hempels-sh.de
reda@hempels-sh.de
Druck: Rollenoffset-Druck Kiel
Stockholmstr. 12, 24109 Kiel
Geschäftskonto:
Kto. 316 300 bei der EDG
Spendenkonto:
Kto. 1 316 300 bei der EDG
BLZ: 210 602 37
Hempels e. V. ist als gemeinnüt-
zig anerkannt: Finanzamt Kiel
Nord unter der Nr. GI 4474



HEMPELS Straßenmagazin ist
Mitglied im Internationalen
Netzwerk der Straßenzeitungen
und im Bundesverband Sozialer
Straßenzeitungen

„Erst mit Papieren ist man Mensch“

Russland: Immer mehr Menschen von Armut und Obdachlosigkeit betroffen

Menschen ohne feste Unterkunft müssen besonders im Winter ein oftmals unwürdiges Leben führen. Wir kennen die Bilder und Geschichten aus deutschen Städten. Aber auch in anderen Ländern müssen viele Obdachlose zum Teil harte Überlebenskämpfe führen. HEMPELS-Mitarbeiterin Esther Geißlinger beschreibt in ihrer Reportage die Situation dieser Menschen in Russland, wo mittlerweile 75 Prozent der Bevölkerung als arm gelten. Die Journalistin hat insgesamt knapp zwei Jahre in Moskau und St. Petersburg gelebt.

Der Weg zum Nachtlager führt über eine kaputte Treppe und durch Gestank: Schweiß, alter Rauch, die Essensdüfte von tausend Mahlzeiten aus Kohl und fettem Fleisch. Im Keller des St. Petersburger Obdachlosenasyls „Notschletschka“ stehen 20 Pritschen dicht an dicht, die erste Station für neue Besucher. Wer länger da ist, zieht um, in eines der Sechsbett-Zimmer im ersten und zweiten Stock. Wolldecken liegen auf den

Pritschen, sie geben einen Hauch von Heimat, von Gemütlichkeit. Ganz oben wohnt die Elite - diejenigen, die die Straßenzeitung der Organisation verkaufen und die Chance auf ein normales Leben haben, irgendwann.

Doch der Weg zurück auf die Straße ist kurz: Oleg, einer der Mitarbeiter, entdeckt eine Flasche Schnaps in einem Zimmer. Der Mann, der sie mitgebracht hat, verteidigt sich, doch Oleg, knapp und entschlossen, gibt ihm zehn Minuten Zeit, seine Habseligkeiten zu packen. In der Gemeinschaftsküche, wo auf einer glühenden Herdplatte eine braune Flüssigkeit brodelt, gießt er den Wodka ins Waschbecken. Einer der Zimmergenossen folgt ihm: „Du hast ihn doch schon rausgeworfen - lass ihm wenigstens die Flasche, damit er sie auf der Straße trinken kann.“ Oleg gibt keine Antwort.

„Noch ist zum Glück Alkohol eines der größten Probleme“, sagt Valerij Sokolew, Leiter des Obdachlosenprojektes. „Wir erwarten mit Schrecken den Moment, in dem die Drogenwelle über uns rollt.“

In Russland liegt Obdachlosigkeit im System: Als „ohne festen Wohnsitz“ gilt bereits, wer in eine andere Stadt umzieht, ohne registriert zu sein. Selbst wer arbeitet, eine Wohnung mietet, sogar Steuern zahlt, hat ohne Registrierung keinen Anspruch auf medizinische Versorgung oder rechtlichen Schutz. „In keinem Land der Welt sind behördliche Anmeldung und Status so brutal miteinander verknüpft wie in Russland“, sagt Sokolew. Mehrere Initiativen, darunter „Notschletschka“, die älteste eigenständige russische Obdachlosen-Hilfe, und „Ärzte ohne Grenzen“ in Moskau, haben ein Gesetzesprojekt ausgearbeitet, in dem die Rechte der „Bomz“, der Menschen ohne festen Wohnsitz, definiert sind. Seit Jahren versuchen sie, es im Parlament durchzubringen - vergebens. „Erst mit Papieren ist man Mensch“, sagt Edeltraut Engel vom Diakonischen Werk Hamburg, das mit „Notschletschka“ zusammenarbeitet.

Durch ein neues Sozialgesetz, das das russische Parlament im Sommer 2004 beschloss, ist die Lage noch schlechter geworden. Es nimmt den Ärmsten, darunter Rentnern und Behinderten, viele Hilfen. So fuhren diese Menschen bisher kostenlos in Bussen und Bahnen, erhielten Medikamente umsonst oder durften verbilligt ins Theater. Von den 145 Millionen Russen profitierten 34 Millionen von derartigen Vergünstigungen, die nun gestrichen wurden. Stattdessen sollen die Renten erhöht werden - auf rund 60 Euro im Monat. Das reicht in Großstädten kaum zum Überleben und kann dazu führen, dass die Schere zwischen Arm und Reich noch weiter auseinanderklafft als bisher schon.

Die „neuen Russen“, Geschäftsleute, die in der Perestrojka-Zeit Millionen mit mehr oder minder dunklen Geschäften machten, haben keine Probleme mit fehlenden Papieren: Sie kaufen einfach eine Wohnung und damit

Unten:
Vogelfrei -
ein bettelnder
russischer
Obdachloser

Foto:
Alexander
Rutschetschka



den Einwohner-Status. Unterkünfte in Städten wie Moskau oder Petersburg sind begehrt – und aus Armut verkauften bereits in den Neunziger Tausende ihre Wohnungen, tauschten fiktiv ihre Großstadt-Registrierung gegen eine auf dem Land und sitzen bis heute auf der Straße ohne recht zu begreifen, wie das vor sich ging. „Keiner muss dir eine neue Wohnung geben“, so Sokolew, „das haben Viele noch nicht begriffen.“



In der Sowjet-Zeit garantierte der Staat jedem Bürger Arbeit und Wohnung, und wer dieses Angebot nicht annahm, galt als kriminell und randständig – darum werden Obdachlose bis heute schief angesehen, obwohl das Schicksal immer mehr Menschen trifft. Noch 1988 galt lediglich ein Viertel der russischen Bevölkerung als arm. 2000 waren es bereits 75 Prozent.

Eine neue Wohnung zu finden, ist schwer: Private Mieten betragen von 100 Euro aufwärts im Monat, und Kredite für den Kauf einer Wohnung gibt es nicht – das russische System sieht das nicht vor. Die „Notschletschka“ will billigen Wohnraum kaufen und ihn an Obdachlose weitergeben, die den Kaufpreis abbezahlen. Ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Bis zu 100 Menschen kommen täglich in die Sprechstunden der „Ärzte ohne Grenzen“ in Moskau. Die Mitarbeiter sehen ihre Arbeit als Vorsorge: Infektionen wie Tuberkulose sind weit verbreitet, und je eher die Kranken versorgt werden, desto weniger stecken sich an. Doch rechtlich haben die Obdachlosen kaum Chancen auf eine Vorsorge-Behandlung. Es

gab sogar Fälle, in denen schwer Verletzte abgewiesen wurden.

„Erfrierungen, offene Beine, Entzündungen“, zählt Elmira, eine der Ärztinnen, auf. Sie ist eine kleine Frau mit kastanienbraunem Haar und lebhaften Augen, und mit ihren Patienten spricht sie so knapp wie Oleg in St. Petersburg: „Hättest du nicht geöffnet, wärest du nicht hingefallen: Selbst schuld.“ Aber während sie spricht, verbindet sie die entzündete Wunde und ruft einen Krankenwagen. Unter den Patienten, die in einem ständigen Strom durch Elmiras Behandlungszimmer laufen, gibt es furchtbare Schicksale: Ein traumatisierter Flüchtling aus Tschetschenien, ein Jugendlicher aus Georgien, der unter einem Zug geriet und beide Beine verlor. Ihm fehlt Geld für die Fahrkarte nach Hause. Andere wollen nicht zurück in die Provinz: Sie hoffen, in Moskau Arbeit zu finden, hoffen auf die Chance auf Wohlstand. Doch das ist häufig eine Illusion. Legale Arbeit bekommen die Unregistrierten nicht, und wenn sie arbeiten, dann für Löhne unter dem offiziellen Niveau. Jagt der Chef sie weg, ohne zu zahlen, hilft kein Gericht.

Die Hilfsorganisationen versuchen, der Gesellschaft die Augen dafür zu öffnen, dass vor Obdachlosigkeit niemand gefeit ist. In St. Petersburg läuft das vor allem über ein Zeitungsprojekt, angelehnt an deutsche Modelle wie „HEMPELS“. In den 14 Jahren, die die „Notschletschka“ arbeitet, hat sich einiges getan, aber immer noch fehlt es am Nötigsten. Auch in diesem Winter werden Menschen auf der Straße erfrieren.

Esther Geißlinger

Oben:
Amos Müllerschlag
neben Werbung für
Marie Claire-
Straßenzune in
Moskau

Foto:
Esther Geißlinger

Info: Hilfe für Russland

Die russische Obdachlosenhilfe „Notschletschka“ ist auf Unterstützung durch Spenden angewiesen. Überweisungen können auch von Deutschland aus geleistet werden auf das Spendenkonto: „Friends of Notschletschka“, Bank of Scotland, 110 Queen Street, Glasgow G1 3 BY, Konto Nr. 00152707, Bank-Nr. 80-1180, Stichwort: „donation“.

Meldungen

Reiche leben länger

Wer über ein hohes Einkommen verfügt, lebt nicht nur materiell besser als die Mehrheit der Bevölkerung, sondern auch deutlich länger. In Deutschland haben Männer aus den oberen 25 Prozent der Einkommensverteilung eine um zehn Jahre höhere Lebenserwartung als Männer aus den unteren 25 Prozent (82 zu 72 Jahre). Bei Frauen beträgt dieser Unterschied fünf Jahre (86 zu 81 Jahre). Sozialer beziehungsweise materieller Status wirken sich auch auf gesundheitsrelevante Verhaltensweisen aus. So rauchen zum Beispiel 53 Prozent derjenigen Jugendlichen, die eine Berufsschule besuchen. An Gymnasien sind es nur 37 Prozent, so die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung.

Arme werden immer ärmer

Die Reichen werden reicher, und die Armen werden immer mehr. Das ist die Kernbotschaft des neuen Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, der im Laufe des nächsten Halbjahres von Sozialministerin Schmidt vorgelegt werden soll und dessen Eckdaten bereits jetzt bekannt wurden. Danach ist der Anteil derjenigen, die in Deutschland unterhalb der Armutsgrenze leben, von 12,1 Prozent auf 13,5 gestiegen. Diesen Menschen stehen monatlich pro Kopf 580 Euro oder weniger zur Verfügung. Den betuchtesten zehn Prozent der Haushalte gehören mittlerweile 47 Prozent des gesamten privaten Nettovermögens zur Verfügung. Das sind zwei Prozent mehr als noch 1998. Der Anteil der unteren 50 Prozent aller Haushalte am Gesamtvermögen hat sich von 4,4 Prozent auf vier verringert. Die Zahl der überschuldeten Haushalte hat sich seit 1999 von 2,77 Millionen auf 3,13 Millionen erhöht. 1,1 Millionen Kinder sind auf Sozialhilfe angewiesen.

DGB: Minijobs abschaffen

Der DGB fordert die Abschaffung der so genannten Mini-Jobs. Diese Arbeitsverhältnisse auf 400-Euro-Basis würden immer mehr reguläre Arbeitsplätze vernichten. DGB-Chef Michael Sommer sagte vergangenen Monat, die Entwicklung der Mini-Jobs habe „unsere schlimmsten Befürchtungen bestätigt.“ Künftig, so die Forderung, sollten geringfügige Beschäftigungsverhältnisse durch generelle Freibeträge in der Sozialversicherung ersetzt werden.

Halbierter Krankenstand

Der Krankenstand deutscher Arbeitnehmer hat sich im Jahr 2003 gegenüber Anfang der 90-er Jahre fast halbiert. Nur noch durchschnittlich 13,5 Tage fielen Arbeitnehmer 2003 krankheitsbedingt aus. Das waren anderthalb Wochen weniger als noch 1991 (25 Tage). Vor allem die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes wird als Grund angesehen.

Hartz IV: Debakel Datenschutz

Auf schwere Datenschutzmängel bei der Umsetzung der Hartz IV-Reform durch die Bundesagentur für Arbeit (BA) hat kurz vor Weihnachten der schleswig-holsteinische Datenschutzbeauftragte Thilo Weichert hingewiesen. Nach seinen Worten gibt es in Deutschland für Arbeitslose praktisch keinen Persönlichkeitsschutz mehr. Kritisiert wird, dass in die Datensätze zur Berechnung des Arbeitslosengeldes II auch intime Daten etwa über die Arbeitsfähigkeit Dritter eingehen, wenn diese mit dem Antragsteller unter einem Dach leben. Auf diesen riesigen Datenpool hätten sämtliche Sachbearbeiter „von Flensburg bis Konstanz“ Zugriff. Ein Schutz solcher sensibler Daten sei „nicht im Ansatz versucht“ worden. Eklatantester Fehler sei, dass

mögliche Zugriffe auf diese bundesweite Datenbank nicht protokolliert werden. Der Datenschützer spricht von einem „Debakel“ und „katastrophalen Umständen“, da auch Kommunen und Arbeitsgemeinschaften, die Hartz IV abwickeln, mit BA-Software arbeiten. Es müsse verhindert werden, dass Arbeitslose beim Datenschutz „als Menschen zweiter Klasse behandelt werden.“

Sozialverbände verbünden sich

Die beiden großen deutschen Sozialverbände VdK und Sozialverband Deutschlands (SoVD) wollen sich vereinen. Nach einer Meldung der Süddeutschen Zeitung ist dies im Dezember von beiden Verbänden beschlossen worden. Anfang dieses Jahres wollte man in konkrete Gespräche eintreten. Die neue Organisation hätte dann etwa 1,9 Millionen Mitglieder und wäre künftig der größte Sozialverband Deutschlands. Man wollte künftig mit einer Stimme sprechen, um politisch ein ganz anderes Gewicht zu erlangen, zitiert die Zeitung der Präsident des SoVD. Beide Verbände verzeichnen derzeit einen bisher nie erlebten Mitgliederboom.

Freie Wohlfahrt: Neue Leitung

Die Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände (LAG) hat einen neuen Geschäftsführer. Auf einer Mitgliederversammlung vergangenen Dezember wurde Bernd Agge von schleswig-holsteinischen Diakonischen Werk dazu berufen. Die in der LAG zusammengeschlossenen Verbände seien ein wesentlicher Bestandteil der zivilen Bürgergesellschaft des Landes und stellten mit ihren sozialen Diensten und Einrichtungen einen wichtiger Faktor der Sozialwirtschaft im nördlichsten Bundesland dar, so LAG-Vorsitzender Andresen. Die Verbände bieten 70.000 Menschen eine hauptamtliche Beschäftigung. Weitere 140.000 arbeiten ehrenamtlich.

Geld nur noch gegen Bescheinigung?

Schlechtere Voraussetzungen für Menschen,
die von Stadt zu Stadt reisen – zumindest in Nordfriesland

Die Hartz-IV-Reformen treffen auch Obdachlose: Seit Jahresbeginn müssen sich Bewerber bei einem Fallmanager melden und unterliegen – wie jeder andere Betroffene – den neuen Regeln. Zumindest im Kreis Nordfriesland ist das so: „Wir könnten natürlich sagen, dass jeder Obdachlose automatisch Sozialhilfe bezieht, aber genau das wollen wir nicht“, erklärt Dr. Gabriele Lamers, Leiterin des Kreis-Sozialamtes. „Denn es besteht ja kein Automatismus, dass ein Obdachloser nicht arbeitsfähig ist.“

Ein arbeitsfähiger Mensch hat Anrecht auf das neue Arbeitslosengeld II, muss dafür eine gemeinnützige Arbeit annehmen, kann aber auch so genannte Wiedereingliederungshilfen erhalten: „Etwa eine Drogen- oder Schuldnerberatung, eine Wohnung – was immer möglich ist und was der Betroffene möchte“, sagt Lamers. Für sie ist diese Einstufung eine Frage der Menschenwürde: „Alle brauchen eine Chance. Vielleicht nutzt sie der eine oder andere.“

Das klingt gut – könnte aber in der Praxis einen Haken haben. Das jedenfalls befürchtet Jürgen Laage, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft „Obdachlosigkeit“ in Husum, gleichzeitig Mitarbeiter im Sozialamt und in Zukunft Fallmanager im Sozialzentrum des Kreises: „Die Leistungen verschlechtern sich grundsätzlich nicht, wohl aber die Voraussetzungen.“ So muss noch stärker als bisher darauf geachtet werden, dass niemand von zwei Ämtern Geld bezieht – und das geht nur, fürchtet Laage, wenn die Obdachlosen eine Bestätigung des vorherigen Sozialamtes mitbringen. Damit könnten gerade jene Reisende ein Problem haben, die per Bahn oder Anhalter weite Strecken fahren und nach langer Fahrt morgens ohne einen Cent in der Tasche im Husumer Sozialzentrum auftauchen.

Amtsleiterin Gabriele Lamers sieht das Problem nicht: „Es ist nicht geplant, dass eine solche Bestätigung mitgebracht werden muss. Wir haben keine diesbezügliche Verfügung ausgegeben.“ Um zu klären, wie viel Geld ein Obdachloser bezogen hat, reiche es aus, beim zuletzt besuchten Sozialamt anzurufen: „Wie bisher auch.“

Eben das aber, fürchtet Laage, sei in der Praxis schwer umzusetzen: „Jeder Fall beginnt morgens mit einer Eingliederungsvereinbarung und muss abends als fertiger Vorgang im Computer stehen, damit überhaupt Geld ausgezahlt werden kann. Wenn ich da auch noch lange telefonieren soll, ist das kaum zu schaffen.“ Wenn der Kreis nicht auf einem Papier besteht, „soll mir das liebend gerne recht sein“. Dennoch rät der Sozialamtsmitarbeiter: „Jeder, der dazu in der Lage ist, sollte eine entsprechende Bescheinigung mitbringen.“ Wie bei vielen Details im Hartz-Paket werde sich erst in einigen Monaten zel-

gen, ob das Verfahren den Praxistest besteht, fürchtet Gabriele Lamers: „Das ist alles Neuland.“

Einig sind sich Laage und Lamers in einem Punkt: Es spricht nichts gegen die gemeinnützige Arbeit. „Bisher haben wir die Leute auch zur Arbeit geschickt“, sagt Laage. „Das hat sich bis auf ganz wenige Ausnahmen positiv ausgewirkt. Die Menschen merken, dass sie ein paar Euro mehr in der Tasche haben und stellen fest, dass sie eine Aufgabe bewältigen.“ Zwar könnte ein Fallmanager hohe Hürden aufbauen oder Sanktionen verhängen, „aber das wäre Missbrauch, den wir auf keinen Fall wollen“, macht Lamers deutlich.

Und Laage fügt hinzu: „Da muss man mit dem nötigen Fingerspitzengefühl rangehen und nur das fordern, was geht. Aber dieser Verantwortung bin ich mir wohl bewusst.“

Esther Geißlinger



An alle unsere Leser,

uns werden immer wieder Knast-Paketmarken¹ von Inhaftierten zugeschickt, die keine Angehörigen haben, von denen sie beschenkt und beschenkt werden. Nun suchen wir Leute, die gerne aus ihren Vorratskammern etwas für diese Menschen herausgeben. Begehrt ist: Filterkaffee und Filterpapier, löslicher Kaffee, schwarzer Tee, Zitronentee im Plastikglas, Schokolade, Kekse, Tabak und Blättchen, Salami. Diese Sachspenden können im Kieler HEMPELS-Büro, Schaßstr. 4, abgegeben werden.

¹Knast-Paketmarke bedeutet, dass die Anstalt erlaubt, diesen Inhaftierten z.B. zum Geburtstag, zu Weihnachten usw. ein Paket zu senden.

„Die guten alten Zeiten kehren nicht zurück“

Ministerpräsidentin Heide Simonis (SPD) über Arbeitsmarkt, Bildungspolitik und soziale Verantwortung

Frau Simonis, angenommen, Sie sind auch die kommenden fünf Jahre als Ministerpräsidentin verantwortlich für die Landespolitik. Welche Botschaft werden Sie in Ihrer Regierungserklärung den Arbeitslosen übermitteln?

Dass wir alles dafür tun, mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze, mit Hartz IV und den so genannten Ein-Euro-Jobs Langzeitarbeitslose wieder in Arbeit zu

schaffen. Dabei geht es auch um Globalisierung. Nicht darum, dass Löhne zu hoch und Gewinne zu niedrig wären. Wir haben die niedrigste Lohnquote seit langem und eine gute Gewinnsituation in den Unternehmen. Trotzdem können wir uns noch nicht mit denen messen, die auf den internationalen Märkten schneller und preiswerter sind. Für uns heißt das: Bedingungen schaffen, um Spitzenprodukte produzieren zu

können mit neuen technologischen Ansätzen, die der Umwelt dienen, Ressourcen sparen und neue Arbeitsplätze schaffen.

Werden Sie sagen, dass es auf lange Sicht bei einem hohen Sockel an Langzeitarbeitslosen bleiben wird, weil vor allem im Niedriglohnbereich zunehmend Arbeitsplätze in andere Länder ausgelagert werden?

Ich habe es wiederholt gesagt, dass die guten alten Zeiten nicht mehr zurückkommen. Wir werden nicht mehr mit einem automatischen Wirtschaftswachstum rechnen können. Allerdings dürfen wir uns mit einem hohen Arbeitslosensockel nicht abfinden, da muss uns auch nach Hartz IV noch viel einfallen. Skandinavische Beispiele zeigen, dass man mit einer geschickten Politik des Förderns und Forderns Arbeitslose wieder in den Arbeitsmarkt zurückbringen kann. Dänemark hat eine Arbeitslosenquote von nur etwa vier Prozent. Das können wir auch schaffen.

Das Wahlprogramm der SPD spricht viele soziale Themenbereiche an. Den Begriff Armut haben wir allerdings nirgends gefunden.

Unser Markenzeichen im Wahlprogramm ist die soziale Gerechtigkeit – denen helfen, die sich nicht selbst helfen können. Zum Begriff Armut: Über das neue ALG II werden ja mehr Leute in staatliche Hilfen kommen. Wer über das ALG II sämtliche finanziellen Leistungen bezieht und noch zuarbeitet, hat oft acht bis zwölf Euro auf die Stunde Arbeit umgerechnet. Das ist nicht üppig. Aber Beschäftigte im Reinigungsbereich zum Beispiel verdienen manchmal bloß fünf Euro. Wir streiten uns also nicht um Worte, sondern um die Frage, wie Dinge besser und sozial gerechter gestaltet werden können.

Hartz IV ist Bundespolitik. Wo ist das Land gefordert?

Alle Einsparungen des Landes durch Hartz IV geben wir an die Kommunen weiter, damit sie eine starke kommunale Nachfrage entwickeln und Arbeitsangebote machen können. Wir stärken natürlich auch unsere eigene Arbeitsmarktpolitik und setzen auf größere Investitionen in den Bereichen Meerestechnologie oder Gesundheitswirtschaft. Über Bürgschaften und Kredite wollen wir den Investitionswillen der Betriebe aufrechterhalten. Unser wichtigstes Ziel ist aber, Langzeitarbeitslose wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Über das Förderprogramm „Kombilohn Schleswig-Holstein“ stellen wir im Rahmen von Hartz IV in den nächsten zwei Jahren insgesamt 25 Millionen Euro zur Verfügung und wollen damit bis zu 10.000 Arbeitsangebote für Langzeitarbeitslose schaffen.

Bereits heute geht es aber auch um die Frage, wie sozial Benachteiligten weiterhin geholfen werden kann. Einziges Kriterium von Hilfeleistung ist jetzt die Frage der Vermittlung in den Arbeitsmarkt. Bisher fanden auch Probleme wie Wohnungslosigkeit oder Drogenkrankheiten Berücksichtigung. Ent-



Oben:
„Soziale Gerechtigkeit ist unser Markenzeichen“:
Ministerpräsidentin Heide Simonis (re.),
HEMPELS-Mitarbeiter
Peter Brandhorst

bringen. Und dass wir alles daran setzen, zusätzlich mit unserem 25 Millionen-Projekt „Arbeit für Schleswig-Holstein“, das ein Kombilohn-Modell beinhaltet, diese Menschen für den ersten Arbeitsmarkt zu qualifizieren.

Dass niemand länger als ein Jahr arbeitslos zu sein braucht, wie sie es vor knapp fünf Jahren in Ihrer Regierungserklärung formulierten, werden Sie vermutlich nicht wiederholen?

Damals konnten wir noch annehmen, dass wir es nur mit einer Art konjunktureller Delle zu tun haben. Es hat sich jedoch herausgestellt, dass wir auf einem sehr mühsamen Weg sind und noch mehrere Jahre brauchen für den Umbau unserer Wirt-

sprechende Einrichtungen sind jedoch in ihrer Existenz gefährdet, weil kommunale Co-Finanzierungen wegfallen. Das fällt nicht so ohne weiteres weg. Wir müssen genauer auf die jeweiligen Bedingungen einzelner Menschen schauen. Das wird zukünftig Aufgabe der so genannten Fallmanager sein. Es hat keinen Zweck, einen Alkoholfranken in der Arbeitslosenstatistik zu führen. Er ist krank und deshalb nicht direkt vermittelbar, muss zunächst einmal Hilfe bekommen. Erst nach Lösung des medizinischen Problems kommt er in die Arbeitsuche. Wir müssen wie in Skandinavien schauen: Was bietet der Arbeitsmarkt, wem kann zu Recht Arbeit zugemutet werden, was braucht der Einzelne an Förderung und Hilfe, wo müssen wir welche Angebote machen?

Eine Befürchtung im sozialen Bereich ist auch, dass über die Einrichtung von Ein-Euro-Jobs professionelle Sozial- oder Erziehungsarbeit ausgedünnt wird. Beispielsweise in den Kitas, wenn allein erziehende Mütter beschäftigt werden.

Wenn über eine Beschäftigung zusätzliche Betreuungszelten abgedeckt werden sollen, muss die betreffende Person natürlich schon auf ihrem Gebiet eine Ausbildung haben. Aber man braucht in der Essensausgabe keine höchstpädagogische Ausbildung. Natürlich wird die Bundesagentur aufpassen müssen, wenn sich auf einzelnen Arbeitsplätzen eine Ein-Euro-Kraft an die andere reiht, Billigkräfte also Arbeit verrichten sollen. Das eigentliche Problem ist jedoch ein anderes: Zusatz-Jobs sind auf ein halbes Jahr begrenzt. Das reicht nicht aus, wir werden mindestens ein Jahr brauchen, um diesen Menschen Perspektiven zu eröffnen.

In sozialen Ämtern wird zunehmend überlegt, staatliche Aufgaben in die Hände privater Träger zu geben. Unterstützt die SPD das?

Wir müssen uns das immer im Einzelnen anschauen. Bestimmte Aufgaben können abgegeben werden, wenn sie nicht vom Staat gemacht werden müssen und andere sie besser und günstiger erfüllen können. Es muss

aber stets gewährleistet sein, dass die Privaten die Arbeit kompetent und bürgernah erfüllen, sie sich sozial und gerecht verhalten und auf Qualität achten. Preiswert ja, billig nicht. Insofern behält der Staat Verantwortung und gibt den Rahmen vor.

Zur Bildungspolitik, einem zentralen Wahlkampfthema. Warum sind der Ausstieg aus dem gegliederten Schulsystem und die Schaffung einer „Schule für alle“ so wichtig, wie Sie es fordern?

Spätestens PISA II aus vergangener Dezember gibt uns Recht. Unser gegliedertes System ist mit anderen nicht wettbewerbsfähig. Länder mit hervorragenden PISA-Ergebnissen haben kein dreigliedriges System mehr. Wir haben uns Finnland und Schweden angeschaut. Dort gibt es weniger soziale Aussortierung, die Kinder sind besser motiviert und vor allem können sie besser lesen, schreiben und rechnen. Es darf doch nicht sein, dass bei uns Kinder von Wohlhabenden sechs Mal bessere Chancen haben zu studieren als Kinder aus sozial schwachen Familien.

Wie soll ein solches Projekt finanziert werden angesichts leerer Kassen?

Bildung hat bei uns oberste Priorität. Dabei geht es um Geld, aber nicht nur. Wir haben in dieser Legislaturperiode 1.000 neue Lehrerstellen geschaffen, 2005/2006 kommen noch einmal 200 dazu. 25 Millionen Euro geben wir zusätzlich aus und haben damit den Unterrichtsausfall in den Grundschulen auf unter ein Prozent gesenkt, die anderen Schulen werden folgen. Die verlässliche Halbtagsschule, also Schulschluss zu einem festen Zeitpunkt, wird bald Standard sein. Das alles wird noch nicht reichen. Deshalb wollen wir mit der Bundesregierung zusammen Subventionen abbauen, um mit diesem Geld noch mehr in die Bildung investieren zu können. Bildung ist die Zukunftsinvestition schlechthin und eine Aufgabe sozialer Gerechtigkeit.

Interview: Jo Tein,
Peter Brandhorst

Heide Simonis

liebt roten Tee, auch an diesem Vormittag steht eine gefüllte Kanne auf dem Tisch. Interview-Termin im Gästehaus der Landesregierung, ein - zurückhaltend formuliert - durchaus repräsentativer Villenbau. Der frühere Ministerpräsident Stoltenberg hat dort auch gewohnt, „für mich wär' das aber nichts“, winkt die Sprecherin der jetzigen Regierungschefin ab, „kein Bäcker, kein Kiosk in der Nähe.“ Schnell noch ein Schluck Helles, dann aber nichts wie rein ins Gespräch mit der 61-jährigen Heide Simonis, seit gut elf Jahren Ministerpräsidentin. Gleich am Anfang einige Fragen zur Arbeitsmarktsituation. Vielleicht muss die studierte Volkswirtin jetzt ja auch an



früher denken, an ihr Leben vor der großen Politik, als sie noch als Vermittlerin im Kieler Arbeitsamt arbeitete.

sprechende Einrichtungen sind jedoch in ihrer Existenz gefährdet, weil kommunale Co-Finanzierungen wegfallen. Das fällt nicht so ohne weiteres weg. Wir müssen genauer auf die jeweiligen Bedingungen einzelner Menschen schauen. Das wird zukünftig Aufgabe der so genannten Fallmanager sein. Es hat keinen Zweck, einen Alkoholkranken in der Arbeitslosenstatistik zu führen. Er ist krank und deshalb nicht direkt vermittelbar, muss zunächst einmal Hilfe bekommen. Erst nach Lösung des medizinischen Problems kommt er in die Arbeitsuche. Wir müssen wie in Skandinavien schauen: Was bietet der Arbeitsmarkt, wem kann zu Recht Arbeit zugemutet werden, was braucht der Einzelne an Förderung und Hilfe, wo müssen wir welche Angebote machen?

Eine Befürchtung im sozialen Bereich ist auch, dass über die Einrichtung von Ein-Euro-Jobs professionelle Sozial- oder Erziehungsarbeit ausgedünnt wird. Beispielsweise in den Kitas, wenn allein erziehende Mütter beschäftigt werden.

Wenn über eine Beschäftigung zusätzliche Betreuungszelten abgedeckt werden sollen, muss die betreffende Person natürlich schon auf ihrem Gebiet eine Ausbildung haben. Aber man braucht in der Essensausgabe keine höchstpädagogische Ausbildung. Natürlich wird die Bundesagentur aufpassen müssen, wenn sich auf einzelnen Arbeitsplätzen eine Ein-Euro-Kraft an die andere reiht, Billigkräfte also Arbeit verrichten sollen. Das eigentliche Problem ist jedoch ein anderes: Zusatz-Jobs sind auf ein halbes Jahr begrenzt. Das reicht nicht aus, wir werden mindestens ein Jahr brauchen, um diesen Menschen Perspektiven zu eröffnen.

In sozialen Ämtern wird zunehmend überlegt, staatliche Aufgaben in die Hände privater Träger zu geben. Unterstützt die SPD das?

Wir müssen uns das immer im Einzelnen anschauen. Bestimmte Aufgaben können abgegeben werden, wenn sie nicht vom Staat gemacht werden müssen und andere sie besser und günstiger erfüllen können. Es muss

aber stets gewährleistet sein, dass die Privaten die Arbeit kompetent und bürgernah erfüllen, sie sich sozial und gerecht verhalten und auf Qualität achten. Preiswert ja, billig nicht. Insofern behält der Staat Verantwortung und gibt den Rahmen vor.

Zur Bildungspolitik, einem zentralen Wahlkampfthema. Warum sind der Ausstieg aus dem gegliederten Schulsystem und die Schaffung einer „Schule für alle“ so wichtig, wie Sie es fordern?

Spätestens PISA II aus vergangenerem Dezember gibt uns Recht. Unser gegliedertes System ist mit anderen nicht wettbewerbsfähig. Länder mit hervorragenden PISA-Ergebnissen haben kein dreigliedriges System mehr. Wir haben uns Finnland und Schweden angeschaut. Dort gibt es weniger soziale Aussortierung, die Kinder sind besser motiviert und vor allem können sie besser lesen, schreiben und rechnen. Es darf doch nicht sein, dass bei uns Kinder von Wohlhabenden sechs Mal bessere Chancen haben zu studieren als Kinder aus sozial schwachen Familien.

Wie soll ein solches Projekt finanziert werden angesichts leerer Kassen?

Bildung hat bei uns oberste Priorität. Dabei geht es um Geld, aber nicht nur. Wir haben in dieser Legislaturperiode 1.000 neue Lehrerstellen geschaffen, 2005/2006 kommen noch einmal 200 dazu. 25 Millionen Euro geben wir zusätzlich aus und haben damit den Unterrichtsausfall in den Grundschulen auf unter ein Prozent gesenkt, die anderen Schulen werden folgen. Die verlässliche Halbtagschule, also Schulschluss zu einem festen Zeitpunkt, wird bald Standard sein. Das alles wird noch nicht reichen. Deshalb wollen wir mit der Bundesregierung zusammen Subventionen abbauen, um mit diesem Geld noch mehr in die Bildung investieren zu können. Bildung ist die Zukunftsinvestition schlechthin und eine Aufgabe sozialer Gerechtigkeit.

Interview: Jo Tein,
Peter Brandhorst

Heide Simonis

liebt roten Tee, auch an diesem Vormittag steht eine gefüllte Kanne auf dem Tisch. Interview-Termin im Gästehaus der Landesregierung, ein – zurückhaltend formuliert – durchaus repräsentativer Villenbau. Der frühere Ministerpräsident Stoltenberg hat dort auch gewohnt, „für mich wär’ das aber nichts“, winkt die Sprecherin der jetzigen Regierungschefin ab, „kein Bäcker, kein Kiosk in der Nähe.“ Schnell noch ein Schluck Heißes, dann aber nichts wie rein ins Gespräch mit der 61-jährigen Heide Simonis, seit gut elf Jahren Ministerpräsidentin. Gleich am Anfang einige Fragen zur Arbeitsmarktsituation. Vielleicht muss die studierte Volkswirtin jetzt ja auch an



früher denken, an ihr Leben vor der großen Politik, als sie noch als Vermittlerin im Kieler Arbeitsamt arbeitete.

„Sozial ist, was Arbeitsplätze schafft“

Peter Harry Carstensen (CDU) über Wirtschaftswachstum, Ein-Euro-Jobs und Privatisierung sozialer Arbeit



Rechts:
„Nur mit wirtschaftlichem Wachstum können auch nachrangige Probleme wie Drogenkriminalität angegangen werden“:
CDU-Spitzenkandidat Peter Harry Carstensen im Gespräch mit HEMPELS-Mitarbeiterin Jo Tein (re.) und Peter Bröndhorst

Herr Carstensen, schönen Dank, dass Sie sich Zeit genommen haben für dieses Gespräch.
Gerne.

Ihr Kandidatenvorgänger Volker Rühle war vor fünf Jahren nicht zu einem Interview mit HEMPELS bereit. Pflügt die CDU inzwischen ein anderes, offeneres Umgehen mit Menschen, die nicht unbedingt in der Mitte der Gesellschaft von der Sonne beschienen werden? Hätten Sie mich vor fünf Jahren gefragt, dann hätte ich mich auch damals einem Gespräch gestellt. Ich habe schon immer eine gute Beziehung zu Obdach-

losen und insgesamt zu Menschen gehabt, denen es nicht so gut geht.

Die CDU als traditionell wirtschaftsnahe Partei richtet ihren politischen Fokus angesichts hoher Arbeitslosenzahlen vor allem auf die Haushalts- und Wirtschaftspolitik im Land. Politik kann keine Leute einstellen. Sie kann aber dafür sorgen, dass die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft besser werden. Nur mit höheren Steuereinnahmen, nicht durch Steuererhöhungen, können auch wieder mehr Gelder ausgegeben werden. Der von Rot-Grün zu verantwortende schleswig-

holsteinische Haushalt zeichnet sich dadurch aus, dass enorme 950 Millionen Euro allein an Zinsen bezahlt werden müssen bei gerade mal fünf Milliarden originären Steuereinnahmen. Wir wollen eine soziale Politik machen, indem wir mehr wirtschaftliches Wachstum erzeugen. Sozial ist, was Arbeitsplätze schafft.

Müssten nicht Politiker aller Parteien inzwischen offen sagen, dass dies angesichts weltweiter Globalisierung vor allem im Niedriglohnbereich langfristig kaum mehr möglich sein wird, dass es bei einem hohen Sockel Langzeitarbeitsloser bleiben wird?

Zum Teil ist das sicherlich der Fall. Wir müssen deshalb verstärkt qualitativ hochwertige Arbeitsplätze schaffen, die dann auch wieder Niedriglohnarbeitsplätze mit sich ziehen. Rahmenbedingungen müssen verbessert werden, das hat nicht immer mit Geld zu tun. Zu oft bremsen eine behäbige Bürokratie. Wenn Betriebe lange auf Entscheidungen warten müssen, dann gehen sie lieber weg oder gleich woanders hin. Nur über Arbeitsplätze können wir Leistungsempfänger wieder zu Beitragszahlern machen. Das ist soziale Politik.

Angenommen, Peter Harry Carstensen wäre der nächste Ministerpräsident. Wie hoch etwa würde die Arbeitslosenzahl zum Ende der Legislaturperiode sein?

Das kann ich nicht sagen, weil diese Frage auch Bundespolitik berührt. Wir brauchen verbesserte Rahmenbedingungen in der Sozial-, Gesundheits-, Renten- und Steuerpolitik. Dafür ist Berlin zuständig. Bleiben diese Impulse aus, kann Landespolitik alleine wenig bewegen.

In diesem Monat beginnt die Umsetzung von Hartz IV. Geht diese Reform in die

richtige Richtung und ist sie sozial gerecht?

ALG II halte ich für richtig, deren Bezieher werden durch die Arbeitsmarktreform wieder schneller in Arbeit gebracht werden. Das Problem ist nicht die Reform selbst, sondern die handwerkliche Umsetzung. Verwaltung und Politik haben Fehler gemacht, die Umsetzung findet auf den Rücken der Betroffenen statt.

Hartz IV richtet den Focus auf die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt. Problem-bereiche wie Drogenkrankheit oder Wohnungslosigkeit scheinen nur noch zweitrangig zu sein.

Nein, das sind sie nicht. Aber wenn wir uns um soziale Probleme kümmern sollen, brauchen wir Menschen und Betriebe, die Steuern zahlen. Darum müssen wir Arbeit schaffen. Nur mit wirtschaftlichem Wachstum bekommen wir Spielräume, um auch die so genannten zweitrangigen Probleme finanzieren zu können.

Etliche freie Träger sind jedoch jetzt betroffen. Drogenhilfeeinrichtungen zum Beispiel mussten teilweise zum Jahresende Mitarbeitern kündigen, weil die weitere Finanzierungsstruktur völlig unklar war.

Man muss sich in der Tat schleunigst Gedanken machen, wie diese Maßnahmen weiter gefördert werden können. Es wird sicherlich Unterschiede geben. Aber insgesamt muss man diesen Bereich im Auge haben. Sonst würde auch ein Großteil ehrenamtlichen Engagements wegfallen. Und der Staat kann nicht alle Aufgaben selbst erledigen.

In Kiel zum Beispiel ist es erklärter Wille, Teile staatlicher Sozialarbeit künftig privaten Trägern zu überlassen. Andererseits sind freie Träger durch die Sozialreformen in ihrer Existenz gefährdet. Passt das zusammen?

Sicher gibt es Bereiche, in denen der Staat die Hoheit behalten muss. Es gibt aber auch Unterschiede. Bei manchem freien Träger müssen wir in Zeiten knappen Geldes darauf schauen, wie wirkungsvoll ihre Arbeit ist. Andererseits ist soziale Be-

treuung nicht nur von der Beamtenstube aus machbar. Mir geht es darum, möglichst viele Leute einzubinden und auch das ehrenamtliche Engagement aufrecht zu erhalten. Ich sage das auch deutlich als Haushaltspolitiker.

Auch die Ein-Euro-Jobs, so eine gleichzeitige Befürchtung im sozialen wie gewerblichen Bereich, könnten dazu führen, dass reguläre Arbeitsplätze wegfallen.

Durch die Ich-AGs fallen wesentlich mehr Arbeitsplätze weg. Bei den Ein-Euro-Jobs wird es auch problematische Fälle geben. Aber die Vorteile überwiegen, nämlich Leute wieder in Arbeit zu bekommen.

Ihr möglicher Koalitionspartner Wolfgang Kubicki von der FDP formuliert die Befürchtung, Ein-Euro-Jobs führten im zahlenmäßigen Verhältnis bis zum achtzigprozentigen Wegfall regulärer Arbeitsplätze, vor allem dort, wo die öffentliche Hand im Spiel ist.

Man sollte in der Diskussion vernünftig bleiben. Dass gerade der soziale Bereich stark in Verbindung gebracht wird mit den Ein-Euro-Jobs, das sehe ich natürlich auch. Man wird mögliche Probleme beobachten müssen. Aber gleich am Anfang der große

Bedenkenträger sein zu müssen – diese Notwendigkeit sehe ich nicht.

Noch ein Blick auf die Bildungspolitik, eines der großen Wahlkampfthemen. Rot-Grün will das gegliederte Schulsystem abschaffen zugunsten einer „Schule für alle.“ Sie lehnen das vehement ab und sprechen von „Rückkehr zum Klassenkampf“. Also doch alles gut an den Schulen?

Nein, aber die jetzige Regierung will eine Einheitsschule. Das beinhaltet eine gewisse Gleichmacheri. Schulpolitik muss vielmehr über zwei Dinge nachdenken: Ob diejenigen, die gut sind, stärker gefördert werden können, und ob die Schwachen genug gefördert werden. Das Problem ist nicht das jetzige System, sondern wie damit umgegangen wird. Wir brauchen schnelle Verbesserungen und wollen die Schule innerhalb des gegliederten Systems optimieren. Unser Focus ist auf die Grundschule gerichtet – verlässliche Grundschule mit verlässlichen Stundentafeln. Englisch bereits ab dritter Klasse und ein Bildungsauftrag für die Kindergärten. Und wir wollen insgesamt 650 zusätzliche Lehrer einstellen.

Interview: Jo Tein, Peter Brandhorst

Peter Harry Carstensen

ist zunächst besorgt um das Wohlergehen der HEMPELS-Mitarbeiter. „Hat man Ihnen schon Kaffee angeboten?“ Man hat, und auch Säfte stehen in der CDU-Parteizentrale bereit. Dann ein paar interessierte Fragen zur HEMPELS-Geschichte und Erinnerungen an die eigene Studentenzeit, Anfang der Siebziger in Kiel-Holtenau. „Ich hab mich damals viel um Obdachlose gekümmert“, erzählt der heute auf Nordstrand lebende 57-jährige Dipl.-Agraringenieur, „die klingelten im Pastorat meines Schwiegervaters und hatten nichts zu essen. Wir



sind dann gemeinsam einkaufen gegangen.“ Nachdem das geklärt ist, einsteigen ins Wahl-Interview – Tonband läuft.

„Weiterhin für Existenzsicherung einsetzen“

Ministerin Anne Lütkes (Grüne) über soziale Sicherungssysteme, Armutsbekämpfung und Bildungspolitik

Frau Lütkes, nach den augenblicklichen Umfragen ist nicht ausgeschlossen, dass am 20. Februar keiner der beiden Blöcke SPD/Grüne sowie CDU/FDP eine eigene Mehrheit erlangt. Denkbar wäre dann eine Tolerierung Ihrer jetzigen Regierung durch den SSW. Schon vertraut gemacht mit der Vorstellung, die Grundzüge schleswig-holsteinischer Landespolitik künftig mit einem weiteren und neuen Partner abstimmen zu müssen?

Unten:
„Arme dürfen von der Gesellschaft nicht ausgegrenzt werden“: Grünen-Spitzenkandidatin Anne Lütkes



Wir kämpfen um jede Stimme für eine Fortsetzung der jetzigen Koalition. Natürlich kann man überlegen, ob es Sinn macht, den SSW zu beteiligen, etwa in Form einer Tolerierung. Falls es zu solchen Verhandlungen kommen sollte, werden die sich an den Werten einer gerechten Gesellschaft orientieren.

Seit Anfang dieses Jahres ist auch in Schleswig-Holstein auf viele Menschen das neue Arbeitslosengeld II zugekommen. Nordelbische Kirche und Diakonie fürchten ein Anwachsen der Armut und fordern von der Politik, die Integration Benachteiligter künftig stärker in den Mittelpunkt zu rücken. Können Sie dem zustimmen? Zunächst einmal gibt es eine grundsätzliche Übereinstimmung sowohl mit den Kirchen als auch mit anderen gesellschaftlich Verantwortlichen, dass die Armen in der Gesellschaft nicht ausgegrenzt werden dürfen.

In meinem Politikbereich, als für Justiz, Frauen, Jugend und Familie zuständige Ministerin, ist es mir ein wichtiges Anliegen, Kinderarmut zu bekämpfen. Grüne Politik ist es von je her, eine Grundsicherung für jeden durchzusetzen wie es sie beispielsweise für alte Menschen gibt und im Ansatz auch bereits im SGB II vorgesehen ist.

Ist auch Ihre Befürchtung, dass die Armut weiter wachsen wird? Grundsätzlich ist jede Sozialhilfe bisher eine die Existenz schützende

Sicherung gewesen, keine dem Mittelstand angenäherte finanzielle Absicherung. Wir sind uns einig, dass die Veränderung der sozialen Sicherungssysteme für diese Gesellschaft notwendig ist. Wir Grünen werden uns dafür einsetzen, dass weiterhin eine Existenzsicherung gewährleistet wird. Die Umsetzung von Hartz IV ist natürlich eine Angelegenheit der Arbeitsagentur in Abstimmung mit den Kommunen. Darüber hinaus führt die Landespolitik mit den Zuständigen vor Ort Debatten, was im Einzelnen noch zusätzlich möglich ist. Ein Beispiel: Frauen, die vor häuslicher Gewalt fliehen, gelten nach der Konstruktion von Hartz IV als erwerbsfähig. Wir arbeiten aber sehr intensiv daran, in den Köpfen der Entscheider vor Ort ein Bewusstsein dafür zu wecken, dass diesen Frauen eine bestimmte Phase der Ruhe und Überlegung bleibt. Das steht jedoch nicht im Gesetz.

Bei vielen sozialen Hilfeeinrichtungen herrscht Unsicherheit, wie dort künftig die Arbeit fortgesetzt werden kann.

Das ist eine Sache, die zwischen der Bundesagentur für Arbeit und örtlichen Arbeitsgemeinschaften im Spannungsverhältnis vom Vergaberecht geregelt werden muss. Ich als Ministerin kann das in meinem Bereich nur begleiten und in Internen Workshops frühzeitig grundsätzliche Debatten führen. Gesetzesveränderungen dürfen meiner Ansicht nach nicht dazu führen, dass die gesamte soziale Arbeit ausblutet. Die Grundstruktur ist auch vorhanden, um das zu verhindern.

Können Sie ausschließen, dass künftig verstärkt soziale Arbeit in die Hände von privaten Trägern gegeben wird? In diesem Bereich kann man nie generell ja oder nein sagen. Wichtig ist, dass ein Träger nicht privatem Gewinnstreben hinter-

her läuft. Der Träger muss an der sozialen Aufgabe orientiert und mit sozialen Gerechtigkeitskriterien arbeiten. Wo diese Voraussetzungen gegeben sind könnte man auch umstrukturieren. Aufgaben an jemanden zu übergeben, der sie nur unter Gewinn Gesichtspunkten betreibt, wäre politischer Unfug.

Dennoch: Wohlfahrtsverbände kritisieren, Sozialpolitik werde auch in Schleswig-Holstein zunehmend als Finanzpolitik verstanden.

Das ist nicht meine Politik. Natürlich gibt es auch in der Sozialpolitik den Zwang, kostengünstig und effektiv zu arbeiten. Aber Grundentscheidungen, welche Maßnahmen notwendig sind und welche nicht, müssen von der Politik gefällt werden. Ein Beispiel: In den Frauenhäusern gibt es die Vorgabe, kostenbewusst zu arbeiten. Aber niemals würden wir die Auffassung vertreten, dass es dort über Schließungen ein Sparpotenzial geben könnte wie das in Hamburg geschieht.

Langzeitarbeitslose sollen künftig über so genannte Ein-Euro-Jobs wieder an Arbeit herangebracht werden. Viele befürchten, darüber würden Stellen wegfallen im Niedriglohnbereich und auch im sozialen Bereich. Diese Gefahr sehe ich nicht. Es geht darum, arbeitsfähigen Menschen Jobs zu vermitteln für eine Gegenleistung, die ja mehr als einen Euro beträgt. Es soll nicht minderwertige Arbeit vermittelt werden und Arbeit auch nicht herabgewürdigt werden. Es soll Zusätzliches geschaffen werden. Wir haben in Schleswig-Holstein eine Auflistung gemacht, welche Verbände bereit sind, diese Jobs zu vermitteln. Landesregierung und zuständige Ministerien sind da sehr korrekt vorgegangen.

Vorausgesetzt, Rot/Grün bleibt an der Regierung: Wird es künftig einen jährlichen Armutsbericht geben?

Ein kontinuierlicher, periodischer Bericht macht durchaus Sinn. Zwölf Monate scheinen mir aber zu kurz gegriffen, um einen Entwicklungszeitraum beobachten zu können. Jedenfalls sollte

es innerhalb der kommenden zwei Jahre einen geben.

Eines der wichtigsten Wahlkampfthemen ist gerade in PISA-Zeiten die Bildungspolitik. SPD und die zuständige Fachministerin Erdsiek-Rave haben angekündigt, mittelfristig das gegliederte Schulsystem abschaffen zu wollen zugunsten einer Einheitsschule.

Wir Grüne denken ja schon deutlich länger und sehr intensiv über dieses Thema nach. Der von Ihnen gebrauchte Begriff Einheitsschule ist aber diskriminierend. Er suggeriert, dass Kinder nicht mehr einzeln betrachtet werden. Grüne Bildungspolitik will die bisherige frühe Aussonderung beenden und jedem Kind umfangreiche und individuelle Lernerfahrung durch eine neunjährige gemeinsame Schule ermöglichen. Das scheint jetzt auch die SPD so zu sehen.

Die SPD spricht von zehn bis 15 Jahren Zeit, die eine solche Umstellung erfordere. Ist Ihnen das schnell genug? Man kann ein solches Vorhaben nicht über den Zaun brechen.

Aber wir dürfen es auch nicht erst in 15 Jahren wieder neu betrachten. Wir wollen in den nächsten fünf Jahren die entscheidenden Weichen stellen.

Völlig unklar bleibt bisher, wie ein solch ehrgeiziges Vorhaben finanziert werden soll.

Der Bildungsanspruch der Kinder hat für uns Priorität. Man muss aber auch berücksichtigen, dass sich die Haushaltslage nicht verbessern wird. Deshalb wollen wir die Mittel von oben nach unten umschichten. Für einen Schüler, der in die gymnasiale Oberstufe geht, wird bei uns drei mal so viel Geld ausgegeben wie für einen Grundschüler. Und das ist der falsche Weg. Wir wollen weniger Mittel in die Oberstufen geben, indem wir diese zu Oberstufenzentren zusammenlegen, und mehr Geld in die Grundschulen. Nur wenn wir früh mit der Förderung beginnen, können wir eine Chancengleichheit für die Kinder erreichen.

**Interview:
Peter Brandhorst**

Anne Lütkes

wirkt ein wenig erschöpft, als sie auf die Minute pünktlich zum Interview erscheint. Nicht nur, dass ihr gerade ein politischer Schnupfen zu schaffen macht, nachdem im Lübecker Knast ein Insasse kurzzeitig und folgenschwer abhandeln kam. Die 56-jährige Fachanwältin für Familienrecht, seit März 2000 Justizministerin und jetzt Nummer eins der grünen Landesliste, hat auch noch mit einer veritablen Wintergrippe zu kämpfen, man merkt es ihr deutlich an. Also zunächst ein paar Worte verlieren über Krankheitsrisiken und Hellmethoden. „Majoranbutter, ganz dünn unter die Nase streichen“, empfiehlt ihr die HEMPELS-Fotografin. Minis-



terin Lütkes horcht auf, den Tipp konnte sie bisher ganz offensichtlich noch nicht. Dank HEMPELS also doch ein wenig Lichtblick, auch an trüben Tagen.

„Gnade uns Gott, wenn das nicht funktioniert“

Wolfgang Kubicki (FDP) über Hartz IV und Sozialpolitik, Bildung und Arbeitsmarkt

Herr Kubicki, sie haben neu-lich gesagt, Ihre Wahlfreiheit bei der Suche nach einem möglichen Koalitionspartner für die kommende Legis-laturperiode sei angesichts der frühzeitigen Festlegung von Rot-Grün auf Fortsetzung der Zusammenarbeit einge-

hohen Sockel von vor allem Langzeitarbeitslosen bleiben wird? Weil gerade im Nie-driglohnbereich zunehmend Produktion beispielsweise nach Asien ausgelagert wird? Wir haben in Schleswig-Holstein die höchste Arbeitslosigkeit seit 1952, der Anteil der Langzeit-

...das aber nicht so weit geht, wie wir uns das vorstellen. Immerhin stimmt die Richtung. Kombilohn ist definitiv besser als die Ein-Euro-Jobs. Die führen nur zu einer mittleren Katastrophe, weil Träger sozialer Ein-richtungen versuchen werden, sich darüber von Kosten zu ent-lasten. Reguläre Arbeitsplätze werden durch die Kombination ALG II/Ein-Euro-Jobs ersetzt. Überall da, wo die öffentliche Hand beteiligt ist, werden im Verhältnis zu den neu geschaffenen Ein-Euro-Jobs 80 Prozent der regulären Arbeitsplätze ver-schwinden.

Ein-Euro-Jobs sind ein zen-traler Baustein der jetzt um-gesetzten Hartz IV-Refor-men. Sind diese Reformen überhaupt sozial gerecht, sind sie nötig und unabwend-bar gewesen?

Es gibt immer zwei Seiten einer Medaille, auch bei der Frage nach sozialer Gerechtigkeit. Wer unverschuldet in eine Notlage geraten ist, und das sind die meisten der Sozialhilfeempfänger, für den muss das Lebens-minimum auf jeden Fall gewähr-leistet sein. Das ist nach Hartz IV für diesen Personenkreis im Prinzip der Fall. Wer allerdings länger als ein Jahr arbeitslos ist, wird künftig zum Teil erhebliche Einbußen erleiden. Hartz IV kann ein Einstieg sein, seit langem ausgegliederte Menschen wieder an den Arbeitsmarkt heranzu-führen. Das setzt allerdings vor-aus, dass es diese Arbeitsplätze auch gibt. Aber nur Ein-Euro-Jobs zu schaffen, die ja zum Teil rein virtuell sind, hilft nicht beim Übergang vom zweiten in den ersten Arbeitsmarkt. Das heißt, ein solches Programm muss von einer vernünftigen, Arbeitsplätze schaffenden Wirtschaftspolitik begleitet werden.

Der Focus müsste also stär-ker auf den ersten Arbeitsmarkt gerichtet werden? Für die meisten Betroffenen wäre das sicher richtig.



Rechts:
„Die zum Teil nur rein virtuellen Ein-Euro-Jobs helfen nicht weiter“:
FDP-Spitzenkandidat Wolfgang Kubicki (NL) mit HEMPELS-Mitarbeiterin Ja Teja (R.), Peter Brandhorst

schränkt gewesen. Insofern bliebe der FDP nur die CDU. Heißt das, eigentlich hätten Sie sich lieber für die SPD entschieden?

Es geht nicht um Farbenlehre, sondern: Welche Politik kann gemacht werden? Solange die SPD eine Politik unterstützt, die wesentlich dazu beiträgt, dass Wirtschaftswachstum in Schleswig-Holstein und damit auch die Zahl der Arbeitsplätze im Ver-gleich zum Bundesdurchschnitt unterdurchschnittlich sind, ist eine Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten kaum denkbar.

Experten befürchten dieses Jahr einen Anstieg der Arbeitslosenzahlen auf bundesweit fünf Millionen. Müssen Vertreter aller politischen Parteien und der Wirtschaft nicht endlich offen zugeben, dass es auf Dauer bei einem

arbeitslosen steigt überproportional. Das hat nicht nur mit der Verlagerung preiswerter Arbeitsplätze in andere Länder zu tun, sondern mit unintelligenter Wirtschafts- und Arbeitsmarkt-politik. Die FDP propagiert ein System, das unter dem Stichwort Kombi-Lohn ähnlich bereits in Rheinland-Pfalz verwirklicht wird. Der Staat begleitet die Wiedereingliederung von Langzeit-arbeitslosen in den Arbeitsmarkt dadurch, dass er anfangs die Kosten vollständig übernimmt, um dann im weiteren Verlauf die Hilfen abzuschmeißen. Mit einem solchen Modell kann mehr erreicht werden, als Arbeitslose in Ein-Euro-Jobs zu vermitteln.

Ein Kombi-Lohn-Programm im Rahmen des Programms ASH 2000 ist auch schon von der jetzigen Landesregierung aufgelegt worden...

Etliche soziale Hilfeinrichtungen sind von den neuen Gesetzen besonders betroffen. In der Drogen- oder Wohnungslosenhilfe zum Beispiel herrscht große Ratlosigkeit, wie die Arbeit künftig finanziert werden kann.

Richtig, wir hätten ja auch unsere Vorbehalte. Die ganze Reform muss jetzt erstmal auf die Schiene kommen. Aber wenn das nicht funktioniert, dann Gnade uns Gott. In den nächsten vier bis sechs Monaten müssen die Probleme erkannt und angegangen werden.

Wo kann Landespolitik Dinge entschärfen? Welchen akuten Handlungsbedarf gibt es? Im Bereich der Drogenproblematik können zum Beispiel unterhalb bundespolitisch vorgegebener Gesetze eigene Akzente gesetzt werden. Drogenkonsum ist ja kein kriminelles Unrecht, sondern eine Krankheit. Der muss anders als mit repressiven Maßnahmen begegnet werden. Wenn man diesen Bereich anders gestaltet, ließe sich bei Polizei und Justiz viel Geld einsparen. Das Land könnte dann bei den freiwilligen sozialen Leistungen wesentlich mehr Mittel aufwenden, um Abhängigen die Wiedereingliederung in die Gesellschaft zu ermöglichen.

Gerade in der Drogenhilfe mussten Träger wegen fehlender Planungssicherheit zum Jahresende Mitarbeitern kündigen.

Ich bedauere das sehr. Es ist übereinstimmend – selbst bei der Union, was mich sehr überrascht hat – der politische Wille, dass in diesem Bereich keine Kürzungen vorgenommen werden. Das würde sonst die Probleme nur verschärfen und den späteren Aufwand ungleich erhöhen.

Ein großes Problem ist auch die Zuverdienstgrenze für Sozialhilfeempfänger bei ergänzenden Jobs. 15 Prozent dürfen bloß noch behalten werden, fast immer deutlich weniger als ein Euro pro Stunde.

Wir müssen möglichst zügig nachbessern. Für genau so verantwortlich halte ich, dass die Arbeitsagentur Träger von Ein-

richtungen von heute auf morgen auf null stellt und sich mit neuen Trägern einlässt, die überhaupt kein Netzwerk und keine Kapazitäten vor Ort haben. Das wird noch erhebliche Spannungen und Probleme aufwerfen.

Wie hält es die FDP überhaupt mit der Privatisierung von sozialen Leistungen?

Die zentrale Frage ist: Wollen wir im sozialen Bereich erlauben, dass privatwirtschaftlich Geld verdient wird? Das ist ja kein Wettbewerbsbereich, in dem man einen Markt organisieren könnte. Private haben eine andere Ausrichtung als die öffentliche Hand. Sie wollen in erster Linie Geld verdienen, was ja nicht verwerflich ist. Aber es gibt Bereiche, wo es beispielsweise um Freiheitsrechte geht, da schließe ich das aus.

Es gibt kaum einen anderen politischen Bereich, der so eng mit der Frage sozialer Gerechtigkeit verknüpft ist wie die Bildung. Das gegliederte Schulsystem sortiere Kinder aus unteren Schichten aus, wird kritisiert. PISA gibt

deutscher Bildungspolitik ein desaströses Zeugnis. Rot-Grün will in Schleswig-Holstein als erstem Bundesland mittelfristig hin zu einer gemeinsamen Schule für alle bis zur 10. Klasse. Warum lehnen Sie das ab?

Das Problem ist nicht das differenzierte Schulsystem, es geht um das politische Versagen im Elementarbereich. Die ersten zehn Lebensjahre eines Kindes sind entscheidend, da gibt es an den Schulen aber noch keine Differenzierung. Die SPD verantwortet jetzt 17 Jahre Schulpolitik und hat kläglich versagt. Kindergärten und Grundschulen brauchen eine bessere Ausstattung, gerade um Kindern aus sozial schwachen Familien bessere Bildungschancen zu eröffnen. Wenn die SPD sagt, das System ist Schuld und nicht sie mit ihrer Politik, zugleich aber über die Jahre eine verbesserte Ausstattung der Grundschulen beispielsweise mit ausreichendem Unterricht verhindert hat, dann ist das schon ein starkes Stück.

Interview: Jo Tein, Peter Brandhorst

Wolfgang Kubicki

hat sich verspätet. Eine knappe halbe Stunde wird er schließlich hinter dem vereinbarten Termin hängen. Seine Sekretärin im Landeshaus-Büro versucht derweil, Besorgnis bei den „Mitarbeitern der Firma HEMPELS“, wie sie den Interview-Besuch begrüßt hat, zu zerstreuen. „Der Chef kommt sofort. Kaffee? Tee? Zucker und Milch?“ Der Kaffee schmeckt, mindestens genau so gut wie der in der Fa. HEMPELS. Und dann ist er da, der 52-jährige Jurist und Volkswirt und Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion. Ein fester Händedruck und ein paar freundliche Worte der Entschuldigung, und rasch hinüber ins Chef-Büro, ungefähr so groß wie die Ostseehalle. Zum Warmwerden das Bekenntnis, jeden Monat mehrere Exemplare unserer



Straßenzeitung zu kaufen. Dann bloß keine Zeit mehr verlieren, nicht nur auf den Politiker warten heute noch weitere Termine. Auch auf die HEMPELS-Mitarbeiter in Ihrer Firma.

„Die soziale Unsicherheit wächst“

Anke Spoorendonk (SSW) über Hartz IV, den Umbau der sozialen Sicherungssysteme und die Perspektiven von Arbeitslosen



Rechts:
„Soziale Gerechtigkeit
muss auch mit Inhalt
gefüllt werden“:
SSW-Spitzen-
kandidatin Anke
Spoorendonk
im Gespräch mit
HEMPELS-Mitgliedern
Jo Tein (kl. Foto, li.)
und Peter Brandhorst



können, weil sie die Verlierer sein werden.

Hartz IV wird von Ihnen abgelehnt?

Diese Reform führt dazu, dass die soziale Unsicherheit von Menschen wächst, dass immer mehr in soziale Not geraten. Wer lange in Arbeit war und künftig arbeitslos wird, wird das richtig zu spüren bekommen. Hartz IV bietet keine wirklichen Perspektiven für Arbeitslose. Es ist für sie keine Perspektive zu sagen, mit den Ein-Euro-Jobs könnt ihr euch für den Arbeitsmarkt qualifizieren. Eine echte Qualifizierung ist damit nicht verbunden.

Sie schlagen statt Ein-Euro-Jobs ein Kombilohn-Modell vor. Wie sollte das aussehen? Es gibt in Schleswig-Holstein ja schon einzelne vergleichbare Modelle, zum Beispiel in Elmshorn. Für die Einstellung von Langzeitarbeitslosen wird ein Zuschuss gezahlt. So können diese Menschen eher in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden. Wir haben nichts gegen gemeinnützige Arbeit. Aber eine

Frau Spoorendonk, wie gefällt Ihnen die Vorstellung, am Wahlabend des 20. Februar die Tolerierung einer SPD/Grünen-Minderheitsregierung zu verkünden?

(Lacht) Wir haben ja gesagt, dass wir dazu bereit sind. Aber natürlich bedeutet das, dass die anderen Parteien gegebenenfalls mit uns verhandeln müssen. Wir wollen Politik machen und unsere Vorstellungen umsetzen. Am Wahlabend werde ich sicher nichts proklamieren.

Zu Ihren zentralen Forderungen gehört eine stärkere soziale Absicherung Benachteiligter.

Klar ist, dass der augenblickliche Umbau der sozialen Sicherungssysteme vor allem Bundespolitik betrifft. Dennoch ist es wichtig,

eigene Ziele deutlich zu benennen. Für den SSW ist zentral, den Begriff soziale Gerechtigkeit nicht nur zu buchstabieren, sondern auch mit Inhalt zu füllen. Dazu gehört ein über Steuern finanziertes Sozialsystem statt hoher Sozialabgaben. Das wird nicht zu hundert Prozent machbar sein, aber das Fundament muss über Steuern finanziert sein. Bei unseren skandinavischen Nachbarn ist das ein Grundpfeiler ihrer Sozialsysteme. Das hat dort dazu geführt, dass deren Wohlfahrtsstaaten sich weiterentwickeln konnten, ohne dass immer mehr Menschen hinten runterfallen. Unser großes Problem ist: Die Reformen führen dazu, dass sich künftig immer mehr Menschen nicht mehr mit dem Staat identifizieren

wirkliche Perspektive bieten diese Ein-Euro-Jobs nicht. Das Problem in Deutschland ist der hohe Sockel von Langzeitarbeitslosen. Man hat über Jahre hinweg Menschen einfach geparkt und aufgegeben, vor allem Ältere.

Wo ist das Land Schleswig-Holstein in einem solchen Reformprozess gefordert?

Vor allem bei der Anpassung des ASH 2000-Programms, „Arbeit für Schleswig-Holstein“. Die jetzige Landesregierung hat da ja schon ein gutes Signal gegeben, indem sie dafür 25 Millionen Euro zur Verfügung stellt. Darin enthalten ist auch ein Kombi-lohn-Modell. Dieser Weg müsste noch deutlicher beschriftet werden. Bisher stehen die Ein-Euro-Jobs als Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen im Mittelpunkt. Die Möglichkeit der Qualifizierung, der Weiterbildung fehlt da jedoch entscheidend. Da bietet Hartz IV keine Lösungen. Wenn man die steigende Arbeitslosenkurve knacken will, dann muss man qualifizieren und darf nicht nur auf den Niedriglohnssektor verweisen. Auch hier bietet das überarbeitete Programm ASH 2000 Möglichkeiten.

In jüngster Zeit wird verstärkt überlegt, soziale Aufgaben an private Träger zu übertragen.

Wir sind grundsätzlich gegen die Privatisierung gesellschaftlicher Aufgaben. Diese Verpflichtungen müssen von uns allen getragen werden. Der SSW ist dagegen, soziale Dienste einfach abzustoßen. Wenn man Solidarität und Qualität will, dann reicht eine rein wirtschaftliche Herangehensweise nicht.

In vielen Bereichen herrscht große Verunsicherung, wie künftig die Förderkulisse aussehen wird. In der Wohnungslosenhilfe weiß augenblicklich kaum jemand, wer überhaupt noch Entscheidungen treffen kann. Auch in der Drogenhilfe ist unklar, welche Arbeit noch geleistet werden kann.

Das sind ganz wunde Punkte, die den augenblicklichen Paradigmenwechsel beschreiben: Man verändert unsere Gesellschaft

und wir werden anschließend eine Gruppe von Menschen haben, mit der man sich anscheinend nicht mehr beschäftigen will. Anders kann ich das nicht auffassen. Bundespolitisch haben wir als regionale Partei aber leider keine Möglichkeit der Einflussnahme.

Nach dem 20. Februar könnte das über den Bundesrat ja möglich sein, sollten Sie dann tatsächlich eine Minderheitsregierung tolerieren. (Lacht) Ja, ja.

Zur Bildungspolitik: Die SPD hat angekündigt, bei weiterer Regierungsverantwortung das bisherige gegliederte Schulsystem mittelfristig abzuschaffen zugunsten einer „Schule für alle bis zur 10. Klasse“ – ein ehrgeiziges und bundesweit bisher einmaliges Vorhaben als Antwort auf die desaströsen PISA-Ergebnisse.

Willkommen im Club, unsere Forderung war das schon immer. Unser Ziel ist gemeinsamer Unterricht bis zur 9. oder 10. Klasse. Eine Schule für alle ist viel besser geeignet, soziale Gerechtigkeit zu fördern und die Selektion an den Schulen aufzuheben. Als ersten Schritt wollen wir die Einführung einer sechsjährigen Grundschule, das ginge bereits hier und jetzt. Wir sind

auch für Oberstufenzentren. PISA unterstreicht die Notwendigkeit von Veränderungen. Bisher haben wir an den Schulen noch Strukturen aus dem 19. Jahrhundert, die der gesellschaftlichen Veränderung hoffnungslos hinterherhinken. Man braucht nicht erst nach Finnland zu fahren um zu sehen, dass es anders geht. In Eckernförde gibt es das funktionierende Beispiel einer dänischen Gesamtschule.

Wie könnte eine solche Reform finanziert werden? In welchem Zeitrahmen sind Veränderungen möglich?

Es wird sicherlich zehn Jahre dauern. Bereits in den kommenden fünf Jahren wird es wegen sinkenden Schülerzahlen eh schon zu wesentlichen Veränderungen kommen. Was die Finanzierung betrifft: Das vorhandene fünfgliedrige System ist sehr teuer. Alles muss fünf Mal vorgehalten werden, auch in der Lehrerausbildung und in der Fortbildung. Es ist einfach höchste Eisenbahn, dass wir zu offenen Ganztagschulen kommen. Und es muss künftig auch einen Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung von unter dreijährigen Kindern geben. Es kann nicht sein, dass Mütter ihren Beruf aufgeben müssen.

Interview: Jo Tein, Peter Brandhorst

Anke Spoorendonk

holt ihre Interview-Gäste bereits unten in der großen Eingangshalle vom Landeshaus ab. Früher Vormittag, und ihr herzliches Lachen begleitet den Besuch schon im Paternoster hoch in die dritte Etage, genau so auch später während des Gesprächs. Eine Magnetkarte öffnet verschlossene Türen hinein in den Fraktionsflur. Niemand sonst scheint jetzt anwesend zu sein. „Ich koch' uns dann erstmal einen schönen Kaffee“, sagt die 56-jährige frühere Lehrerin eines dänischen Gymnasiums in Flensburg und jetzige SSW-Spitzenkandidatin. Durchs Fenster derweil dieser beeindruckende Blick auf die Förde. „Wo



soll ich sitzen?“, fragt Politikerin Spoorendonk schließlich den Fotografen, „na, dann kann's ja losgehen.“

„Partei ergreifen für Benachteiligte“

PDS-Politiker Harald Koch kämpft für „kleine Erfolge“



Rechts:
„Spitzenverdiener sind ihrer gesellschaftlichen Verpflichtung entbunden“:
PDS-Politiker
Harald Koch

Das Ziel ist klar, sagt Harald Koch. Die PDS kämpfe für soziale Gerechtigkeit, von der sich andere Parteien längst verabschiedet hätten. Die Nummer zwei der Landesliste verweist dabei auf die Agenda 2010 der rot-grünen Bundesregierung, der man die eigene Agenda Sozial entgegen stelle. Gefordert wird vor allem eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer und die Umstrukturierung der Erbschaftssteuer. 2002 habe das Aufkommen über die Erbschaftssteuer in Deutschland lediglich drei Milliarden Euro betragen.

Es sei zudem nicht einzusehen, dass bei knapper Haushaltslage der Spitzensteuersatz gesenkt werde. „Wer wenig verdient, muss ein zurzeit ausblutendes System finanzieren, während Spitzenverdiener ihrer gesamtgesellschaftlichen Verpflichtung

weltgehend entbunden sind.“ Niemand solle arm gemacht werden, so Koch, „aber wer viel verdient, muss genau so seinen solidarischen Beitrag leisten.“

Klar abgelehnt wird von der PDS die Hartz IV-Reform. Der Beweis sei bisher schuldig geblieben, dass darüber neue Arbeitsplätze entstehen. Die

Fokussierung auf die Ein-Euro-Jobs hält Koch für falsch, „das sind keine echten Arbeitsplätze.“ Der 48-jährige PDS-Mann fürchtet einen deutlichen Anstieg der Armut. Es sei auch nicht einzusehen, „dass die über Hartz IV eingesparte Summe praktisch denjenigen geschenkt wird, die keine Vermögenssteuer bezahlen müssen.“

Seit zwei Jahren ist Koch in der PDS organisiert. Bei der Landtagswahl bewirbt er sich auch um ein Direktmandat im Wahlkreis Kiel-Ost, im Arbeiter- und Arbeitslosenviertel Gaarden. Für ihn so etwas wie politische Heimat, von 1996 bis 2002 gehörte der frühere Kieler Ratsherr als Grüner auch dem Ortsbeirat Gaarden an. Reale Chancen besitzt er dort trotzdem kaum. Nicht nur, dass dort auch Ministerpräsidentin Heide Simonis für ein neues Mandat antritt. Im Westen hat es die PDS bisher noch überall schwer. So spricht der Informatiker Koch denn auch davon, „kleine bescheidene Erfolge“ erzielen zu wollen, beispielsweise einen spürbaren Stimmenzuwachs wie zuletzt bei der Landtagswahl im Saarland oder in einigen nordrhein-westfälischen Kommunen. 350 Mitglieder zählt die PDS augenblicklich in Schleswig-Holstein, so Koch, „unser politisches Engagement wird motiviert über das Selbstverständnis, Partei zu ergreifen für benachteiligte und ausgegrenzte Menschen.“

Peter Brandhorst

Harald Koch

hat sich Urlaub genommen, ein paar Tage für die Parteiarbeit. Der 48-jährige Informatiker, auf Platz zwei der PDS-Landesliste hinter der 65-jährigen pensionierten Pastorin Edda Lechner aus Norderstedt, will in der Kieler Geschäftsstelle Wahlkampf organisieren. Politisches Engagement in der Diaspora.

Wer im Westen für die PDS eintritt, darf Großes wollen, muss aber zufrieden sein, wenn mit bescheidenen Mitteln vielleicht Kleines erreicht werden kann. Eine Partei im Aufbau, sagt Koch, ein ehemaliger Grüner und von 1999 bis 2003 Ratsherr in Kiel, der seine frühere Partei wegen ihres Kurswechsels in der Friedenspolitik verließ.

Alles alleine geschafft

Verkäufer Alexander Lipp hat in Flensburg einen Neuanfang gewagt

Flensburg lebt – jedenfalls was die Aktivitäten unserer Verkäuferinnen und Verkäufer betrifft. In den vergangenen Monaten hat sich ihre Zahl nahezu verdoppelt. Einer der neuen Aktiven ist Alexander Lipp.

Geboren wurde ich vor 29 Jahren in Oldenburg/Oldenburg. Von meinem Vater, einem Bäcker- und Konditormeister, habe ich die Liebe zum Kochen und Backen geerbt. Deshalb habe ich nach meinem Hauptschulabschluss im elterlichen Betrieb eine Lehre zum Teil- und Beikoch absolviert. Nach meiner Lehre habe ich zwei Jahre in unterschiedlichen Städten gearbeitet.

Im Sommer 2002, ich hielt mich gerade in Berlin auf, wurde diese Arbeitsphase jäh unterbrochen. Ich bin festgenommen und ins Gefängnis nach Neumünster verfrachtet worden, wo ich knapp zwei Jahre inhaftiert war. Ich wurde zu Recht verurteilt, obwohl ich niemanden persönlich geschädigt habe. Betrug und Diebstahl lauteten die Vorwürfe. Man kann auch Beschaffungskriminalität dazu sagen. Ich bin nämlich Alkoholiker und brauchte ständig Geld für den Stoff. Das Trinken gehörte schon während meiner Ausbildung im väterlichen Betrieb zum Alltag.

Die Haftstrafe war ein Rettungsanker für mich. Seither habe ich nämlich keinen Alkohol mehr getrunken. Im vergangenen März bin ich unter der Auflage einer Langzeittherapie vorzeitig auf Bewährung entlassen worden. Seit vergangener August lebe ich nun hier im Norden. Flensburg deshalb, weil da ein ehemaliger „Knastruder“ wohnt. Dieser Freund hat mir reichlich Hilfestellungen gegeben und mir auch vom Tagestreff für Wohnungslose erzählt. Anfangs war ich ja noch wohnungslos und musste manchmal draußen schlafen. Außerdem hätte ich meinen Ausweis verloren und



deshalb große Schwierigkeiten, die notwendigen Anträge zu stellen.

Doch ich habe alles regeln können. Im Haus der Diakonie im Johanniskirchhof erhielt ich viel Unterstützung. Mittlerweile besitze ich wieder Ausweis, Konto, Sozialversicherungsnachweise und vor allem eine Wohnung. Als ich wegen der vorzeitig abgebrochenen Therapie zur richterlichen Anhörung musste, war der Richter so beeindruckt von mir, dass er meine Bewährung aufrecht hielt. Er fand gut, dass ich mir selbst Hilfe geholt habe, sozusagen alles alleine geschafft habe.

Seitdem gefällt mir Flensburg. Besonders interessant sind der Museumshafen und das Schifffahrtsmuseum. Mein Onkel war bis zu seinem Tod Fischer auf Norderney. Überhaupt entdeckte ich Hobbys aus meiner Kindheit wieder für mich. Beispielsweise den Computer. Damit kenne ich mich gut aus. Darüber bin ich

auch zu meiner großen Leidenschaft gekommen, dem CB-Funk. Ein anderes großes Hobby ist der Modellbau. Meine größte Leidenschaft gilt nach wie vor dem Kochen und Backen. Ich probiere eigene Rezepte aus.

Insgesamt bin ich inzwischen sehr zufrieden. Der Verkauf von HEMPELS hilft mir bei der Finanzierung meiner Hobbys. Täglich außer mittwochs stehe ich ab mittags am Südermarkt gegenüber den Toiletten. Mittwochs bin ich schon ab zehn bei der Commerzbank am Holm zwischen Südermarkt und Karstadt anzutreffen.

Nun suche ich noch eine andere Wohnung, möglichst zentral gelegen. Einen weiteren Wunsch habe ich noch: Ich trinke schon lange keinen Alkohol mehr. Hoffentlich bleibt das so. Ich möchte nie wieder rückfällig werden.

Aufgezeichnet von:
Thomas Repp

Oben:
Trinkt keinen
Alkohol mehr:
Verkäufer
Alexander Lipp

Leben auf einer Linie

Schleswig-Holstein am 54. Breitengrad

Diesen Monat:
Drage

Keine Kirche, kein Dorfplatz und 260 Menschen

Drage - ein kleines Örtchen am 54. Nördlichen Breitengrad

Wenn Drage einen Kern hat, dann liegt er vermutlich hier, im Schankraum der Gaststätte Herbst, früher Hausschild. Seit rund 200 Jahren wird hier aus-
geschenkt, ein altes Foto an der Wand zeigt die Wirtschaft, wie sie in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts aussah. Seit seiner Gründung ist der Betrieb in Familienbesitz, auch wenn sich der Name vor einer Generation änderte. Zu vormittäglicher Stunde sitzen hier unter den Plaketten des Ringreiterverbandes ein paar Herren bei Wasser und Korn, die gar nicht hler sein sollten - ihre Frauen vermuten sie nämlich daheim. Darum wollen die Männer nicht sagen, wie sie heißen, aber über

ihre Dorf reden sie gern - Drage, diesen Monat HEMPELS-Ziel am 54. Nördlichen Breitengrad.

„Ruhig“, fällt den heimlichen Kneipenbesuchern als erstes ein. Tatsächlich: Die wenigen Straßen Drages liegen in friedlicher Stille, nur ein paar Gänse geben von einer Wiese aus lautstarken Alarm. Drage hat keine Kirche, keinen Dorfplatz, kein eigentliches Zentrum, dafür zahlreiche stattliche Bauernhöfe und ein paar schmucke Neubauten entlang der Straßen. Wer auf der Landstraße von Hohenaspe oder Looft kommt, wird Drage vermutlich gar nicht recht bemerken: Nur ein grünes Straßenschild nennt den Namen, seitlich steht der Wald, der um diese Jahreszeit düster aussieht, gegenüber die Gastwirtschaft - mehr sehen die meisten Autofahrer vermutlich nicht von dem Dorf mit seinen durch Wald und Felder getrennten Ortsteilen.

Doch der Eindruck trägt, erklären die Männer in der Wirtschaft: „Drage ist ein richtiges, gesundes Dorf.“ Dazu gehört ein eigener Gemeinderat, eine funktionierende Gemeinschaft und eine Reihe aktiver Vereine. Davon zeugt beispielsweise eine liebevoll mit Beet und Hütte angelegte Kreuzung: Ein Schild verweist darauf, dass

hier die Landjugend aktiv war, um dem kleinen Platz ein Gesicht zu geben. Das sagt noch etwas anderes über Drage aus, was von den Männern in der Schankstube gern bestätigt wird: So klein das Dorf ist, es leben dort sehr viele Kinder und Jugendliche. Die sind tagsüber nicht unbedingt zu sehen: Morgens besuchen sie die Schulen im größeren Nachbardorf Hohenaspe, oder sie fahren zum Gymnasium nach Itzehoe, nachmittags spielen sie auf einem der Höfe oder sind beim Sport, Musikunterricht, Reiten. Oder einfach bloß auswärts - wer in Drage lebt, kommt ohne Auto nicht aus, weil im Dorf selbst Angebote fehlen. Auch Arbeit gibt es - außer auf den Bauernhöfen - fast nicht mehr, darum sind die meisten Drager Pendler, die ihren Jobs hinterherfahren, ins nahe Hohenaspe, nach Itzehoe oder gar nach Hamburg. Diese Tatsache lässt den Ort tagsüber noch ruhiger, fast wie ausgestorben erscheinen. Nicht, dass die Vereine nicht viel täten: Regelmäßigen Klönschnack und eine Sportgruppe organisiert der rührige DRK-Ortsverein, jeden Sonntag geht es zum Frühschoppen. Wenn das DRK zur Feier einlädt, sind 80 Leute da - immerhin gut ein Drittel der 260 Einwohner. Feuerwehrball und Treibjagd, Ringreiterfest und das Kinderfest der Bürgergilde locken ebenfalls viele Drager. Sehr aktiv sind die Jäger - das zeigt die Trophäenwand in einem der Räume der Gaststätte, wo Geweih neben Geweih hängt.

Unten:
Zu schmal für
Gegenverkehr:
Dorfstraße in
Drage





Ein großer Teil des 1356 Hektar umfassenden Gemeindefeldes besteht aus Wald, der heute überwiegend in staatlichem Besitz ist. Ein Förster vom Forstamt Bartohe kümmert sich um die Flächen. Früher gehörte das Land dem Adel, erst der Familie Krummendiek, später den Ahlefeldts, danach den Grafen Rantzau auf Breitenburg, die im 17. Jahrhundert auf Gut Drage residierten. Anneliese Herbst, die Wirtin, kennt die Lokalgeschichte gut, und sie breitet genüsslich die Details aus. Einer der Rantzau-Grafen wurde auf der Jagd getötet, der Bruder des Mordes bezichtigt, er kam in den Kerker. Danach, im 18. Jahrhundert, übernahm der dänische König das Gut Drage, der es seinem Schwager, Markgraf Friedrich Ernst von Brandenburg-Kulmbach, überließ. Die gräfliche Familie lebte auf großem Fuß, aber „över de Verhältnisse“, berichtet die Wirtin. Ein Schloss mit angeblich 99 Zimmern baute Friedrich Ernst sich in den Wald, ein Jagdhege wurde angelegt - heute sprechen noch die Namen Schlossweg und Tiergarten von der Blütezeit des Dorfes. Der Graf

liegt in der Kirche von Hohenaspe begraben, „da reichte das Geld noch für“, sagt Anneliese Herbst. Die Gräfin, die noch bis 1779 auf dem Schloss lebte, wurde schlichter begraben. Das Märchenschloss Friedrichsruh verschwand, die Steine wurden anderweitig verbaut, das Gelände in 30 Parzellen aufgeteilt, auf denen inzwischen Kühe weiden oder neue Häuser stehen.

Heute ist der Schlossweg nur eine zwelspurige Trasse, zu schmal für Gegenverkehr. An dem Platz, an dem das Schloss stand, gibt es jetzt eine kleine Badeanstalt, die sich in den 70-er Jahren Drage und Hohenaspe gemeinsam leisteten. Das Schwimmbecken liegt nahe der Bekau, dem Flüsschen, das sich durch das ganze Drager Gemeindegebiet zieht. „Eigentlich passiert nichts hier“, meint die Runde am Wirtshaustisch. Selbst ein Mord, an den sich einige erinnern, wurde in einer Nachbargemeinde begangen. „Also gar nichts los hier“, fasst einer zusammen. Allerdings: Ordentlich gefeiert wird in Drage schon - „mehr als woanders, aber alles im Rahmen“, fügt ei-

ner der Gäste hinzu. Grund dazu gibt es: Die Gemeindefinanzen sind gesund, die großen Ausgaben bewältigt, etwa die Ortsentwässerung. Für die Kinder steht ein eigener Schulbus zur Verfügung, der morgens und mittags die einzelnen Ortsteile mit Hohenaspe verbindet. Wenn sich der Gemeinderat trifft - natürlich in der Gastwirtschaft - und über Geld redet, klingen die Bilanzen lange nicht so negativ wie in vielen anderen Orten des Landes. Wie überall hat auch in Drage der landwirtschaftliche Strukturwandel nur eine gute Handvoll Bauernhöfe übrig gelassen. Sieben größere Höfe zählen die Männer in der Wirtschaft auf, die Landwirte halten alle Milchvieh auf den hügeligen Wiesen rund um die Ortsteile.

Dort wird es im Sommer wieder richtig schön - wann die Sonne auf Wald und Felder scheint, die Badeanstalt an der Bekau geöffnet hat, und vielleicht ein paar Durchreisende anhalten, um die Ruhe des Ortes zu genießen.

Esther Geißlinger

Oben:
Auch im Winter
eine Augenweide:
in Drage lässt sich
die Ruhe genießen

Fotos:
Esther Geißlinger

Januar 05 **Veranstaltungen**

Amnesty informiert

Amnesty international setzt sich weltweit für Menschenrechte ein. Infos hierzu gibt es am Donnerstag, 6. Januar, 20 Uhr in Kiel, Bremer Str. 2.

The Doors gecouvert

Sie waren eine der berühmtesten Rockbands der Geschichte: The Doors. Ihr unverwechselbarer Sound wird seit fünf Jahren von „The Lizard Kings“ zu Gehör gebracht, einer deutschen Coverband. Samstag, 8. Januar, in der Kieler Pumpe.

Dänisches Musical-Theater

Das Musical „Nattergalen“ wird am Samstag und Dienstag, 8. und 11. Januar, 19.30 Uhr, von „Det lille Teater“, Marlenstraße 20, Flensburg, aufgeführt.

Weltmusik Balalaika Nueva

Das Trio Balalaika Nueva pflegt

Tradition und Moderne, Klassik und Jazz. Dienstag, 18. Januar, 20 Uhr, Kieler Kulturforum, Andreas-Gayk-Str. 31.

Punk im Nachtcafé

JUNESX präsentiert „So Fucking Chic“. Die Band aus Paris verspricht elektronischen Post-Punk-Chic. Montag, 24. Januar, Nachtcafé, Kiel, Eggerstedtstr. 14

Fatima Ibler's - Woman on Stage

In diesem Festivalkonzert präsentieren drei internationale Solokünstlerinnen eine musikalische Vielfalt mit Stimme und Gitarren, jede auf ihre individuelle Weise. Donnerstag, 27. Januar, 20 Uhr, Kieler Pumpe.

Lieder vom 63. Breitengrad

Das Folktrio Trilakel präsentiert mit Gesang, Harmonium und Geige eine Liedersammlung, die

tief in der schwedischen Provinz Jämtland verwurzelt ist. Donnerstag, 27. Januar, 20 Uhr, Kieler Kulturforum, Andreas-Gayk-Str. 31.

Experimentelles Theater

Die Golden Girls sind bekannt, vier ältere Damen, Dorothy, Blanche, Rose und Sophia, wohnen zusammen und erleben allerlei Turbulentes. Rose und Blanche arbeiten im Wahlkampfteam für Präsident Bush, was Sophia für eine ziemlich dumme Idee hält. Daher beschließt die alte Dame, selbst für das Amt zu kandidieren. Man sollte es nicht glauben, denn schließlich taucht Mr. Bush sogar im Hause der Girls auf. Samstag und Sonntag, 29. und 30. Januar, im Husumer Speicher, Hafenstraße 17.

Kinotipp

Die Unglaublichen

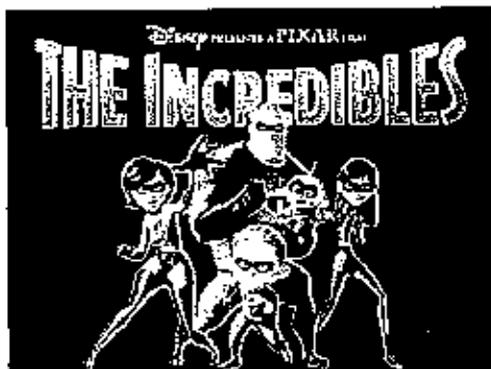
Von Brad Bird / USA 2004

Bob Parr - nie gehört den Namen? Dann aber nichts wie rein in den Kinofilm „Die Unglaublichen“. Dieser Trickfilm macht uns bekannt mit Bob und seiner Familie.

Mit viel Charme wird hier das Superhelden-Genre parodiert. In seinem früheren Leben war Bob Parr nämlich ein athletischer Typ, Tag für Tag im Einsatz, um quasi im Minutentakt die Welt zu retten. Doch das war einmal. Seit Bob sich immer

öfter Klagen ausgesetzt sah von Menschen, die bei seinen Rettungsaktionen irgendwelche Kratzer abbekamen, muss er seine Arbeitszeit in einer Versicherungsfirma verbringen. Das fällt ihm wahrlich nicht leicht. Aber auch daheim wird das Leben nicht einfacher. Bobs Frau Helen war früher ein

Elastigirl und kann ihre Gliedmaßen beliebig strecken. Die pubertierende Tochter kann sich unsichtbar machen, Sohn Flash ist



enorm schnell auf den Füßen. Nur bei Baby Jack-Jack weiß der Zuschauer anfangs nicht so recht, was es damit auf sich hat. Der Film des amerikanischen Animationskünstlers Brad Bird ist ab sechs Jahren freigegeben und ein Spaß für Groß und Klein.

Gesches Soundcheck

US3 - Questions

Die Band US3 wird für alle Zeiten über ihren Superhit „cantalooop (fltp fantasia)“, der dancefloor-Version von Herbie Hancocks berühmtem „Cantaloupe Island“, definiert werden. Das erste Album der Gruppe um den Londoner Produzenten Geoff Wilkinson verkaufte sich allein in den USA über eine Million Mal, eine Premiere in der Geschichte des legendären Labels Blue Note Records. Das ist jetzt über zehn Jahre her, in denen sich die Band öfter umformte und zwei weitere Alben erschienen sind. „Questions“ ist das vierte, und auf ihm taucht der unverwüsthliche Song „cantalooop“ tatsächlich wieder auf, einmal als soul- einmal als bossa(l)-mix. Die At-

mosphäre der CD ist insgesamt sehr ruhig und entspannt, mit Ausnahmen einzelner Tracks wie zum Beispiel dem ziemlich harten „Can You feel It“. Zwei sehr gute Vokalistinnen, die Südafrikanerin Mpho Skeef sowie der New Yorker Reggi Wyns, tragen wesentlich zur musikalischen Gesamtwirkung bei, indem z.B. lässiger Rap mit funkigen Zutatungen gemischt wird. Stilistisch ist die Musik eine sehr gelungene Mischung aus Jazz, Hip-hop und R&B mit einem gehörigen Schuss Latin.

US3 Questions

US3.com/Groove Attack



Bei Fragen und Anregungen: gescheclassen@gescheclassen.de

Vision von einer besseren Welt

Soulsängerin Marla Glen über Amerika, die Heirat mit ihrer Freundin und Journalistenfragen

Die amerikanische Soul- und Gospelsängerin Marla Glen gehört seit über zehn Jahren zu den Großen in der anspruchsvollen Musikszenen. Gleich für ihr 1993 veröffentlichtes Debütalbum „This is Marla Glen“ wurde sie zweimal mit Gold und einmal mit Platin ausgezeichnet. Ihr aktuelles Album heißt „Friends“. Die heute 44 Jahre alte schwarze Sängerin entstammt einer Künstlerfamilie. Ihr Vater war Musiker, die Mutter Malerin. In den Medien wurde ihr dennoch lange das vermeintlich verkaufsfördernde Image eines aus der Gasse kommenden Ghetto-Kinds übergestülpt. Vergangenen Sommer heiratete die mittlerweile in Heilbronn lebende bekennende Lesbe ihre langjährige Freundin Sabrina Conway. Am 3. Januar gastiert sie mit einem Gospelprogramm ab 20 Uhr in der Kieler Halle 400. HEMPELS hatte jetzt Gelegenheit, ein etwas ungewöhnliches Interview mit der Entertainerin zu führen.

Herzlichen Glückwunsch zu Deiner Heirat mit Sabrina Conway. Danke.

Fühlt es sich anders an, verheiratet zu sein?

Ja, ich habe jetzt Mitverantwortung für ein Kind übernommen.

Was denkst Du über das konservative Klima in den USA? In allen Bundesstaaten ist dort die Heirat zwischen gleichgeschlechtlichen Partnern verboten?

Darüber mache ich mir keine Gedanken. Ich lebe legal hier in Deutschland

Was sind die Unterschiede zwischen europäischer und amerikanischer Mentalität?

Jetzt wirst Du sehr politisch. Ich habe beschlossen, nicht über politische Dinge zu sprechen, sondern ich singe darüber.

Welche Deiner persönlichen Qualitäten ist typisch amerikanisch?

Shit! (lacht). Zunächst einmal mag ich es nicht, als Amerikanerin, als Schwarze, als Frau oder als Lesbe eingeordnet zu werden. Ich möchte als Mensch wahrgenommen werden. Ich habe keine Lust, Deine Fragen zu Amerika zu beantworten.

Wo fühlst Du Dich zu Hause?

Überall auf der Welt.

Wie politisch schätzt Du Dich selbst ein? Bist Du eine Frauenrechtlerin?

Ich interessiere mich für jede Menge Rechte. Ich interessiere mich aber nicht für die Rechte anderer, solange meine eigenen Rechte nicht geklärt sind. Die wurden nämlich in Europa missachtet. Meine Rechte als Homosexuelle, Schwarze, als Musikerin, als Sängerin und als Entertainerin sind besonders hier in Deutschland missachtet worden.

Hast Du eine Vision von einer besseren Welt?

Solche Visionen habe ich immer. Das ist es, worüber ich singe.

Aus welcher Quelle bezieht Du Deine Stärke?

Gott.
Welche Bedeutung hat das neue Album für Dich?
Es bedeutet mehr Geld. Ich kann mir etwas zu essen kaufen. Singen ist der einzige Job, den ich habe. Das ist also die Bedeutung des Albums.

Gibt es eine Frage, die Dir bisher noch nicht gestellt wurde, die Du aber gerne beantworten würdest?



Ich finde, Journalisten sollten mehr mit ihrem eigenen Herzen arbeiten. Vielleicht würde ich dann interessantere Fragen gestellt bekommen. Mir wurde noch nie eine interessante Frage gestellt. Und ich weiß auch jetzt nicht, was ich auf Deine Frage antworten soll. Ihr Journalisten wollt ja überhaupt keine interessanten Fragen stellen.

Wie lautet Deine Botschaft an unsere Leser?

Wacht auf – das ist alles. Bye-Bye.

Interview: Britta Tege, Thomas Stobbe

Oben:
„Ich möchte als Mensch wahrgenommen werden“:
Soul- und Gospelsängerin Marla Glen

„Riesige Lebensfreude ist entstanden“

Die Schülerin Jenny Thomsen, 18, hat den Krebs besiegt und will anderen Kranken mit einer Ausstellung Mut machen

Jenny Thomsen, was wir noch mal fragen wollten: Wie war Ihr Leben während der Zeit der Pubertät?

Insgesamt war ich wie viele Jugendliche – nicht selbstbewusst genug. Ich habe vor mich hin gelebt und viel Zeit vertan. Ich habe beispielsweise Gitarre

habe ich eine Powerzeit. Ich koste jeden Tag aus und unternehme sehr viel. So war ich vergangenen Sommer das erste Mal in einem richtigen Urlaub.

Sie leben in Flensburg und werden in diesem Jahr Ihr Abitur machen. Kürzlich ha-

higt, als es nötig gewesen wäre. Wir wollen das Leben, deshalb haben wir den Krebs besiegt. Und das Leben will uns. Das Zurück in den Alltag ist gar nicht so schwer, wie wir es uns vielleicht ausgemalt haben. Das ist mein Ziel: anderen Kranken Mut machen.

Wie war nach der Therapie Ihr Neuanfang an der Schule?

Viel besser als gedacht. Das lag hauptsächlich an meinem Klassenlehrer. Der hat unterstützt, dass ich trotz der langen Fehlzeit wieder in meine alte Klasse durfte. Und ich habe ihn nicht ent-



Oben:
Schülerin
Jenny Thomsen

gesplelt, aber ohne richtigen Ehrgeiz. Ganz viel Zeit habe ich mit solchen und ähnlichen, relativ unwichtigen Dingen vertan.

Vor vier Jahren sind Sie an Leukämie erkrankt und haben inzwischen erfolgreich eine Therapie absolviert. Nehmen Sie das Leben heute anders war?

Die Krankheit hat dazu beigetragen, dass ich jetzt Vieles differenzierter sehe, einfach eine andere Gewichtung der täglichen Dinge habe. Seit meiner Therapie nehme ich manches gelassener. Vor allem aber ist bei mir eine riesige Lebensfreude entstanden. Ich habe den Krebs besiegt, bin dem Tod von der Schippe gesprungen. Seitdem

ben Sie eine Ausstellung mit dem bezeichnenden Namen „Wir wollen das Leben – das Leben will uns“ konzipiert, die bereits im Kieler Kulturzentrum Traum GmbH gezeigt wurde. Auch ein Ausdruck Ihrer Lebensfreude?

Ja, unbedingt. Die Ausstellung besteht ja aus Fotos, Biografien und Erfahrungsberichten von Kranken und deren Angehörigen. Ich habe viele unangenehme Dinge während der Chemotherapie erdulden müssen. Nach dem Krankenhaus lief ich ohne Haare mit Kopftuch und mit Mundschutz herum. Ich hatte fürchterlich Angst, dass niemand mehr etwas mit mir zu tun haben wollte. All diese Hemmnisse haben mich viel mehr beunru-

„Positives Denken ist wichtig, um gesund werden zu können“

täuscht. Mit Hilfe seiner Frau, die mir nachmittags Hausunterricht gab, habe ich wieder Anschluss gefunden und werde sicher mein Abitur bestehen. Zurzeit mache ich eine besondere Lernleistung, nämlich vorgegebene 40 fachliche Seiten zu einem selbst gewählten Thema auszuarbeiten, um dann ein Projekt eigenständig auf die Beine zu stellen. Bei mir sind es letztlich sogar 75 Seiten geworden

Was wünschen Sie sich für die Zukunft?

Positives Denken ist für meine nachhaltige Gesundheit wichtig. Das wünsche ich mir nicht nur, ich weiß es. Deshalb: Es wird alles so weiterlaufen, wie bisher. Ich werde mein Abitur bestehen und bleibe offen und neugierig auf Vieles, was das Leben noch bietet.

Interview:
Thomas Repp

*Sauberes Neues Jahr: kostenlose Weihnachtsbaum-Sammlung
vom 10. Januar bis 4. Februar 2005! Info-Telefon: 58 54 - 0 und im Internet*

WortBildTon



Sauber, Kiel!

www.abfall-a.de

Landes-
hauptstadt Kiel



ABK

Abfallwirtschaftsbetrieb Kiel

Modellversuch Tagestreff: ein voller Erfolg

Bereits im November 2003 hat der HEMPELS-Verein mit Unterstützung der Stadt Kiel den Modellversuch einer Anlaufstelle und Treffpunkts gestartet. Sie ist vor allem gedacht für Menschen, die wegen ihres Alkoholkonsums woanders nicht willkommen sind. In der Schaßstrasse 4 können sie sich werktags zwischen neun und 15 Uhr treffen. Auch wenn besonders jetzt im Winter einige Besucher von einer Wärmestube sprechen: Die Einrichtung ist ebenfalls im Sommer geöffnet und stark frequentiert. Niedrigprozentiger Alkohol darf mitgebracht und getrunken werden. Der Treffpunkt bringt Alkoholranke wieder in Kontakt mit normalen Leuten, die Sozialarbeiter des im selben Haus untergebrachten Tages- und Kontaktladens (TaKo) unterstützen den Ablauf und haben den Überblick über weiterführende Hilfsangebote. Aus Spenden können wir immer wieder mal mit Kleidung und Schuhen aushelfen. Die Einrichtung bietet jedoch kein „betreutes Saufen“ – nach einer Umfrage nutzen unsere Besucher diesen Treffpunkt vor allem, um Kontakte zu pflegen und sich mit Menschen zu treffen, von denen sie nicht ausgegrenzt werden. Schon vormittags sitzen täglich etwa 40 Leute zusammen, lesen unsere vom Lesezirkel gespendeten Magazine, spielen Schach oder Karten. Man kennt sich – wenn auch aus verschiedenen Stadtteilen. Hier treffen sich die Bedürftigen aus Kiel. Auch diese Menschen, die sonst manchmal tagelang an Bushaltestellen sitzen, ohne dass sie irgendwo hinfahren wollten und die vor den Supermärkten mit ihrem Bier nur unangenehm auffallen würden, schaffen es, im selben Haus am Mittagstisch des TaKo teilzunehmen. Einen solchen Platz zu haben, ist für sie sehr wichtig: „Ich wüsste nicht, was ich sonst machen sollte“, sagen Viele.

Armin und Tessi, Mitarbeiter



Sonne, Mond und Sterne
schenke ich Dir gerne
Liebe, Freude, Lachen
das musst du selber schaffen

Johnny Schnitz

* 11.07.1980

† 27.11.2004

Wir werden dich nicht vergessen

Für all deine Freunde und Freundinnen
aus dem Sofa:

Bea, Richie, dein Bruder Patrick
und alle, die dich lieb hatten

Danke! HEMPELS zu Gast beim Regionalligisten Holstein Kiel

Für den Fußball-Regionalligisten Holstein Kiel war es der Jahresabschluss und -höhepunkt zugleich: Im letzten Spiel vor der Winterpause trafen die Förderstädter Mitte Dezember auf den Ligakonkurrenten FC St. Pauli. Und auch für viele fußballbegeisterte Mitglieder der HEMPELS-Familie war es ein Höhepunkt, dem sie lange entgegengeleiert hatten. Holstein Kiel hatte uns Freikarten zur Verfügung gestellt, die sofort begeistert nachgefragt waren. Auch wenn das sportliche Geschehen auf dem Platz mit einer 0:2-Heimniederlage für die Störche endete - niemand der HEMPELS-Gäste hat seinen Besuch bereut.

„Schade, dass es nicht mit einem Sieg geklappt hat“, meinte hinterher unser Mitarbeiter Dirk. „Chancen hatten die Störche ja genug.“ Unter anderem wurde sogar ein Elfmeter verschossen. Trotzdem wurde von allen die tolle Atmosphäre im Stadion gelobt, zu der auch die zahlreich

angereisten St. Pauli-Fans beitrugen. „Trotz der Niederlage war das kein verlorener Nachmittag“, lautete ein hinterher oft gehörter Kommentar, „mal was anderes als das, was wir sonst so machen“. Im Namen aller Fußballfans an Bord von HEMPELS ein herzliches Dankeschön an den Verein Holstein Kiel, der dieses besondere vorweihnachtliche Erleben ermöglicht hat!

Freude einer Leserin

Folgende Dankeskarte schrieb uns unsere Leserin Ruth Hoffmann aus Kiel: „Ich habe an einer Verlosung teilgenommen und ein Buch gewonnen. Dafür möchte ich mich sehr bedanken und Ihnen allen Frohe Weihnachten und ein friedvolles Neues Jahr 2005 wünschen.“ HEMPELS sagt herzlichen Dank.

Das Leben

An manchen Tagen könntest Du die ganze Welt umarmen. Du hast ein Lächeln auf dem Mund und deine Seele ist so frei und gesund. Vor lauter Frohsinn summst Du zufrieden Lieder vor Dich hin. Doch an manchen Tagen denkst Du, Du seist allein. Und glaubst nicht daran, dass Deine Wunden jemals heilen. Dein Herz ist schwer, Deine Seele leer. Dann musst Du all Deinen Mut zusammennehmen und versuchen, Dein Leben zu leben. Glaube an Dich und Du wirst sehen: Dein Leben wird wieder wunderbar weitergehen!

Nicolé Richter

Anzeige

Ja, ich möchte **HEMPELS** unterstützen!

Ich möchte Fördermitglied werden und zahle monatlich / jährlich ____ Euro

- Einzug (erfolgt bei Beträgen unter Euro 5.- / Monat vierteljährlich)
- Überweisung auf das Konto 1 316 300 bei der EDG, BLZ 210 602 37
HEMPELS e.v. ist vom Finanzamt Kiel [Nord - GL 4474]
als mildtätig anerkannt, StNr. 1 929 184 342

Meine Anschrift

Name : _____

Anschrift : _____

PLZ, Ort : _____

Telefon : _____
(bei evtl. Rückfragen)

Meine Bankverbindung (nur bei Einzug nötig)

Konto - Nr. : _____

Bankleitzahl : _____

Bankinstitut : _____

Datum, Unterschrift: _____

Sperlings Sprechstunde

Bei ALG II werden nur noch „angemessene“ Mietkosten übernommen



Rechts:
Rechtsanwalt
Christoph Sperling
beantwortet
Mietrechtsfragen

Frage: Ich habe bisher Arbeitslosenhilfe bekommen und bin seit Jahresanfang Bezieher von Arbeitslosengeld II. Für welche Wohnungen wird dann die Miete übernommen? Muss ich ausziehen, wenn meine Wohnung zu teuer ist?

Rechtsanwalt Sperling: Nach den Änderungen durch die Hartz IV-Reform werden ab diesem Jahr die Kosten für eine „angemessene“ Unterkunft übernommen. Was im Einzelfall unter angemessen zu verstehen ist, wird von den Kommunen festgelegt. Ist Ihre Wohnung nach den neuen Kriterien zu teuer, dann wird Sie die Behörde auffordern, in eine günstigere Wohnung umzuziehen beziehungsweise einen Untermieter aufzunehmen. Die nach Hartz-Definition überhöhten Mietkosten werden in der Regel bis zu sechs Monate weiter übernommen. Gelingt es Ihnen nicht, die Mietkosten innerhalb dieser Frist zu senken, wird seitens der Behörde nur noch der als angemessen angesehene Betrag für die Unterkunft gezahlt. Die Differenz müssen Sie aus der Regelleistung bestreiten. Ich empfehle Ihnen, nach einer Aufforderung der Behörde, die

Miete durch Untervermietung oder Umzug zu senken, sämtliche diesbezügliche Bemühungen zu dokumentieren, damit gegebenenfalls nachgewiesen werden kann, dass eine günstigere Unterkunft oder ein Nachmieter nicht gefunden werden kann. Ob hiernach erreicht werden kann, dass die Behörde die von Ihnen bewohnte Unterkunft als angemessen zu betrachten hat, wird die Rechtsprechung zu klären haben.

Haben Sie allgemein interessierende Fragen zum Mietrecht an Rechtsanwalt Sperling?

Schreiben Sie uns: HEMPELS, Schaßstr. 4, 24103 Kiel.
E-mail: reda@hempels-sh.de
Infos gibt es auch beim Kieler Mieterverein, Eggerstedtstr. 1, Telefon: (04 31) 97 91 90.

Beitragszuschläge zur Pflegeversicherung: Kinderlose zahlen künftig mehr

Seit Anfang 2005 werden Eltern bei der Finanzierung der Pflegeversicherung besser gestellt als Kinderlose. Während Eltern nach wie vor einen Pflegebeitrag zu zahlen haben, müssen Kinderlose künftig zusätzlich einen Beitragszuschlag neben dem eigentlichen Pflegebeitrag entrichten. Diese Neuregelung war nach einem Bundesverfassungsgerichtsurteil notwendig geworden.

Lediglich zwei Personengruppen unter den Kinderlosen, die Beiträge zur gesetzlichen Pflegeversicherung zahlen, sind von der Zahlung des Zuschlags ausgenom-

men. Das sind alle Beitragszahler, die vor dem 1. Januar 1940 geboren sind, sowie die Personen, die noch keine 23 Jahre alt sind. Der Beitragszuschlag, den der Versicherte allein zu tragen hat, beträgt 0,25 Prozent vom monatlichen Bruttoeinkommen.

Errechnet wird der Beitragszuschlag von der Stelle, die auch den Grundbeitrag in Höhe von 1,7 Prozent berechnet, nämlich die Arbeitgeber, die Rentenversicherungsträger, die Bundesagentur für Arbeit, die Behinderteneinrichtungen sowie die Krankenkassen für ihre freiwilligen Mitglieder.

Wer Kinder hat, muss dies nachweisen, um keinen Beitragszuschlag zahlen zu müssen, so AOK-Sprecher Dieter Konietzko gegenüber HEMPELS. Dies kann zum Beispiel durch Vorlage der Lohnsteuerkarte, einer Geburtsbescheinigung oder einem Auszug aus dem Familienbuch geschehen.

Als Kinder zählen leibliche Kinder, Adoptivkinder, Stief- und Pflegekinder. Dabei ist unerheblich, ob die Kinder noch im Haushalt leben und ob die Ehe noch besteht. Weitere Fragen hierzu beantwortet die zuständige gesetzliche Krankenkasse.

Kleinanzeigen

Suche Videorecorder, DVD-Player, Staubsauger sowie Playstation. Außerdem suche ich Arbeit auf 400-Euro-Basis (Hund muss mit). Evelyn, Tel.: (0162) 7 98 21 52.

Suche günstiges funktionstüchtiges TV-Gerät, jedoch mindestens 20" sowie einen Dia-Projektor. Tel.: (0431) 22 16 422.

Funtionierendes Notebook gesucht: (0171)24 75 385.

HEMPELS

Das soziale Straßenmagazin

Nie am Kiosk –
nur bei unseren Verkäuferinnen und Verkäufern

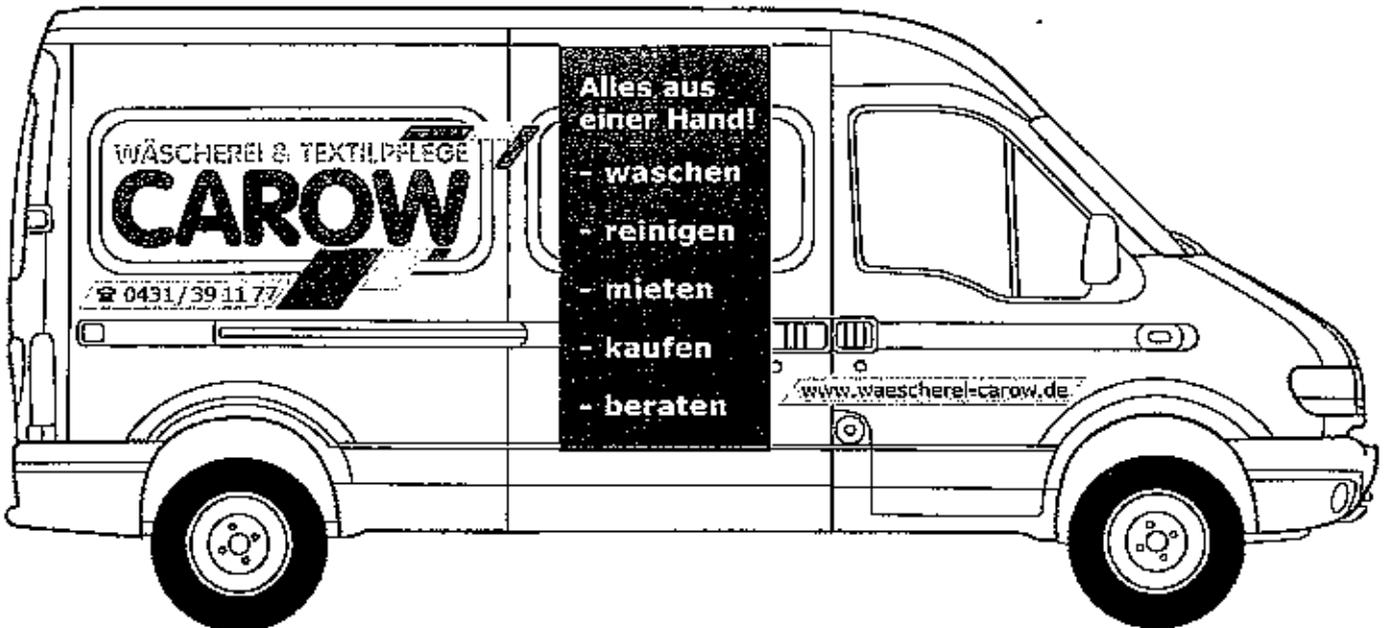


IHR  VERTRAGSHÄNDLER AM ORT

Neue Autos, Service, Beratung, Angebote und alles was das Auto  begehrt.

TÜV und AU für alle Fabrikate in unserem Hause.

 AUTO-DIENST GmbH • 24159 Kiel, Redderkoppel 1 • ☎ 0431 - 39 20 50 - 51



Ollie's Getränke Service in Langwedel, Kieler Str. 10



Getränke, Fassbier und Zapfanlage, Wein und Sekt, Lieferservice bis Kiel und weiter... und wir stellen Ihnen die Ware in den Kofferraum

vom 10. bis 15.01. im Angebot

HOLSTEN EDEL

8,99 EUR je 30x0,33l
+ 3,90 EUR Pfand

11,89 EUR Gesamt

Tel.: 0 43 29 / 8 16

Öffnungszeiten:

Mo & Fr 9⁰⁰ - 18⁰⁰

Di, Mi, Do 14⁰⁰ - 18⁰⁰

Sa 9⁰⁰ - 13⁰⁰

ich

... suche nach
neuen Wegen
für mich
und Menschen
die mir
nahesteh'n

Durchblick

Vertriebs- und Promotionsbüro
für Menschen mit psychischer
Erkrankung

0180 10 11 12 3
0431 56 02 17

HEMPELS

Das soziale Straßenmagazin

Hier könnte auch Ihre Anzeige stehen.

Unsere Anzeigenabteilung steht Ihnen gerne mit näheren Informationen zur Verfügung.

Telefon: (04 31) 67 44 94

HEMPELS

*City Service
und Tagelohnagentur*

HEMPELS GmbH
Schaßstr. 4, 24103 Kiel
Tel.: (04 31) 26 09 97 42
Fax: (04 31) 7 60 21
gmbh@hempels-sh.de



- Umzüge
- Entrümpelungen
- Transporte
- Reinigungs- und Aufräumarbeiten
- Gartenpflege
- Gartengestaltung
- und vieles mehr

Abschied



Lassen Sie den Abschied von einem geliebten Menschen würdevoll und persönlich gestalten. Welche Form Sie auch wünschen – wir sorgen dafür, dass alles gut wird.

Erd-, Feuer- und Seebestattungen
Überführungen, Sterbegeldversicherung,
Bestattungsvorsorge, Trauerbegleitung

Selck Bestattungen
Redinskamp 17
24159 Kiel
T 0431 399 180



selckbestattungen

Dachdeckermeisterbetrieb GmbH
Jöhnk & Behrens



24113 Kiel
Hamburger Chaussee 36

Tel.: 0431/ 66 71 951
Fax: 0431/ 52 17 98
Mobil: 0171/ 21 28 342
Mobil: 0175/ 91 78 993

Karsten Haß



BAUAUSFÜHRUNG

Meisterbetrieb



Ausführung von Reparaturarbeiten,
Neubauten, Renovierung, Sanierung
und Fliesenarbeiten

Königsweg 64, 24114 Kiel
Tel. (04 31) 240 56 20
Fax (04 31) 240 56 19
Mobil (01 71) 3 30 05 08
e-mail: k.hass_bau@gmx.de

HEMPELS

Das soziale
Straßenmagazin

Hier könnte
auch Ihre
Anzeige stehen

Unsere Anzeigen-
abteilung berät
Sie gerne

Telefon:
(04 31) 67 44 94

ich

... suche nach
neuen Wegen
für mich
und Menschen
die mir
nahesteh'n

Durchblick

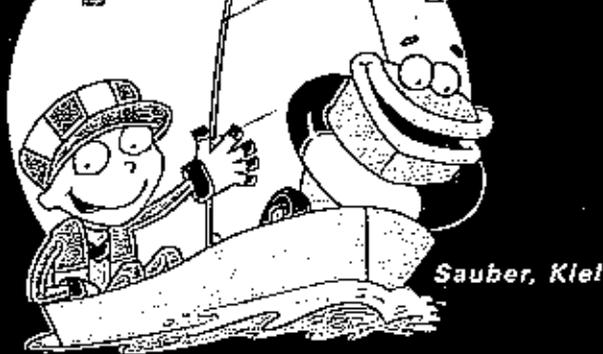
Vertrichter- und Platzrechen
für Menschen mit zerebraler
Erkrankung

0180 10 11 12 3
0431 56 02 17

Alle Kinder/Ab Anfang März könnt ihr im Camp 24 leben
In allen Fällen ABKids-Opportunität gegen Wiederausgang
Inklusiv mit allen Eltern und ihren Familienpartnern

Leinen los mit

Max & Mülli



Sauber, Kiell



Camp 24/soeben: ein Projekt der Landeshauptstadt
Kiel, Team KIELSAILING CITY, präsentiert von
Stadtwerke Kiel AG.



ABKids

Landes-
hauptstadt Kiel
Stadtwerke Kiel AG

Landes-
hauptstadt Kiel
ABK

HEMPELS

HEMPELS GmbH
Schaßstr. 4, 24103 Kiel
Tel.: (04 31) 26 09 97 42
Fax: (04 31) 7 60 21
gmbh@hempels-sh.de



- Umzüge
- Entrümpelungen
- Transporte
- Reinigungs- und Aufräumarbeiten
- Gartenpflege
- Gartengestaltung
- und vieles mehr